



Wien Digital
**Cyber-Angriffe
auf den Magistrat**



Wiener Bedienstetengesetz
**Modulare
Weiterbildung startet**



teamwork

DAS MITGLIEDER-MAGAZIN DER HAUPTGRUPPE 1

3/2019

**Pamela
Rendi-Wagner:**

**„Das
Leben der
Menschen
besser und
gerechter
machen.“**



Einsetzen. Durchsetzen. Umsetzen.

Hauptgruppe 1

Entspannter Herbstausklang



„MARTINIGANSL trifft JUNKER“ 8. bis 12. November 2019

2, 3 oder 4 Nächtigungen mit Verwöhn-Halbpension-plus, inkl. Wohlfühlpaket*

- 1 Junkerverkostung
- Kastanien braten im Troadkostn am Samstag 9. 11. 2019
- Gansl-Spezialitäten

zum ermäßigten Top-Preis für youunion-Vollmitglieder

2 Nächte p.P. ab € **160,-**, 3 Nächte p.P. ab € **229⁵⁰**

4 Nächte p.P. ab € **280,-**



„GENUSS trifft HANDWERK“ 3. bis 6. Dezember 2019

2 oder 3 Nächtigungen mit Verwöhn-Halbpension-plus, inkl. Wohlfühlpaket*

- Schnupper-FILZEN unter Anleitung, am Mittwoch 4.12. 2019 (Eigenkreationen zum Mitnehmen)
- 1 Glas mit Kekserln für zu Hause

zum ermäßigten Top-Preis für youunion-Vollmitglieder

2 Nächte p.P. ab € **160,-**

3 Nächte p.P. ab € **229⁵⁰**



*Verwöhn-Halbpension-plus:

- Feinschmecker-Frühstücksbuffet
- mittags Suppe, Salat, Aufstrich vom Buffet
- nachmittags Kaffee & Kuchen
- abends wiedergängige Menüauswahl
- Salatbuffet und Käse vom Brett

Wohlfühlpaket inklusive:

- Leinbademantel (ab 15 Jahre)
- Baderutsche / Badetuch
- Phitenbad mit Meersalzwasser
- Finn-Sauna, SAUnarium, Dampfbad
- Infrarotkabine, Tepidarium, SOLarium
- SAUnarium - Salzsaure zur Regeneration
- Fitnessraum, Ruherraum, Vitaminbar...
- Nordic-Walking-Stöcke (kostenfrei, liegt Stückzahl)

In der VITALOASE:

- Kosmetik- und Fußpflegeangebot
- Massagen und Behandlungen wie Kräuterstempelmassage, Nuad-Thai, Klangschalen, Preiss, Chakra, Schröpfen, Bachblüten u. v.a.m.



Buchen Sie schon jetzt Ihren
ADVENTAUFENTHALT

„SÜSSE AUSZEIT IM ADVENT“

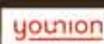
mit Kekserln, Kräutersirup oder Punsch
und 20 €-Gutschein für Ihren Einkauf aus unserer Vitrine
oder für eine Behandlung in der VitalOase.

Rufen Sie uns an oder schauen sie auf www.vital-hotel-styria.at

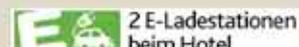
Weihnachtsausstellung 6. bis 8. Dezember 2019 mit regionalen Ausstellern - im Hotel!

Preise pro Person in Euro, nur für youunion-Vollmitglieder, inklusive MwSt., Infrastrukturabgabe und Wohlfühlpaket, exklusive Nächtigungsabgabe (€1⁰⁰ p.N.). Es gilt Preisliste 2019. Mitglieder anderer Fachwerkschaften plus 10,- Euro Nichtmitglieder plus 18,- Euro pro Nacht. Preise ausgenommen Weihnachts- und Silvestersaison.

Kinder im Zimmer der Eltern
bis zum 6. Geburtstag - frei
6. -12. Geburtstag - 50% Ermäßigung
12. -15. Geburtstag - 30% Ermäßigung



VSW Vital-Hotel-Styria GmbH, 8163 Fladnitz a. d. T. 45
Tel. 03179 / 233 14 FaxDW-42 • office@vital-hotel-styria.at • www.vital-hotel-styria.at



Politik & Gewerkschaft

- 06 **Coverthema**
Pamela Rendi-Wagner im
teamwork-Interview
- 09 **Querraunzerin**
Wer ist hier der Kugelfisch?
- 10 **Die Bilanz**
Eine Rückschau auf die
türkis-blaue Regierung

Hauptgruppe 1

- 14 **MA 15**
Impfen nützt, impfen schützt!
- 15 **MA 01**
Cyber-Angriffe auf den
Magistrat
- 16 **MA 2**
Alles aus einer Hand

Gewerkschaft

- 21 **Jugend**
Wir haben eine Stimme und
bestimmen mit!
- 22 **Behinderung**
Die vierte industrielle
Revolution

Gesund & Leben

- 26 **Serie**
Lust statt Frust am Lernen
- 28 **Sanatorium Hera**
Brustgesundheit

Freizeit

- 31 **Lieblingslokal**
figls
- 32 **Modeschule Hetzendorf**
Wiener Modetrends

Nachruf

- 34 **Rudolf Hundstorfer**
Gewerkschafter & Sozialpartner
mit Handschlagqualität

Liebe Leserin, Lieber Leser,



BILD: © PETRA SPIOLA/HGT

**Karin Zauner-
Lohmeyer**
Chefredakteurin
teamwork

am 29. September ist Nationalratswahl. Bei dieser Wahl stehen zwei ideologisch völlig unterschiedliche Konzepte einander gegenüber: Türkis-Blau will die Republik weiter „umbauen“, das heißt, eine Politik gegen die ArbeitnehmerInnen fortführen, Medien gezielt beschneiden, den Sozialstaat weiter abbauen und bei den Schwächsten in der Gesellschaft sparen. Wir haben die türkis-blaue Bilanz auf Seite zehn und elf für Sie zusammengestellt.

Und auf der anderen Seite gibt es die Ideen der Sozialdemokratie, die die Menschen in den Mittelpunkt stellen. Die SPÖ will das Leben der „Vielen“ in Österreich besser machen, das Gemeinsame vor das Trennende stellen. Im Interview erklärt SPÖ-Vorsitzende Pamela Rendi-Wagner, warum der Mindestlohn in Österreich unbedingt auf 1.700 Euro angehoben, was gegen die Altersarmut von Frauen getan werden sollte - und warum die Daseinsvorsorge (Pflege, Schulen, Gemeindebau, Trinkwasser, etc.) in öffentlicher Hand bleiben müsse. Die Wunschliste von Großspendern abzuarbeiten komme für sie nicht in Frage, betont sie.

Wie es nun weitergeht in unserem Land? Das entscheiden wir alle. „Wir dürfen uns nicht mit einfachen Lösungen abspesen lassen, dürfen die Oberflächlichkeit, Doppelbödigkeit und Ignoranz vieler PolitikerInnen nicht mehr durchgehen lassen“, schreibt Manfred Obermüller in seinem Leitartikel auf Seite fünf. Wir haben als Wählerinnen und Wähler Verantwortung für Österreich. Machen wir uns zuständig. Bitte gehen Sie zur Wahl!

In dieser Ausgabe geben wir außerdem Einblick in die sehr komplexe Gehalts- und Pensionsabrechnung des Magistrats der Stadt Wien und berichten über die neue, modular konzipierte Dienstausbildung, die diesen Herbst startet. Und wir verabschieden uns auch von einem ganz Großen der Gewerkschaftsbewegung: Rudi Hundstorfer. Sein Tod hat uns alle tief erschüttert. Er war ein unermüdlicher Kämpfer für soziale Gerechtigkeit, Menschlichkeit und faire Umverteilung.

teamwork@fsg-hg1.at

Offenlegung gem. § 25 Mediengesetz **Impressum Medieninhaber, Herausgeber und Verleger:** FSG in der youunion | Die Daseinsgewerkschaft - Landesgruppe Wien - Hauptgruppe 1, 1090 Wien, Maria-Theresien-Straße 11, Tel.: (01) 31316-83700, DVR.Nr. 0046655, ZVR.Nr. 576 43 93 52 **Vorsitzender:** Norbert Pelzer **StV:** Manfred Obermüller, Margit Pollak **Redaktionskomitee:** Erwin Feichtlbauer, Gerhard Heczko, Marianne Klepac-Baur, Werner Krachler, Alexander Madejski, Regina Müller, Manfred Obermüller, Beate Orou, Norbert Pelzer, Margit Pollak, Melanie Orou, Günter Unger, Andreas Walter, Michael Witzmann **Chefredaktion:** Karin Zauner-Lohmeyer **Layout:** esberger | strategie & kommunikation **Erscheinungsort:** Wien **Erscheinungsart:** mindestens vier Mal jährlich **Hersteller:** Druckerei Jentzsch, 1210 Wien | Namentlich gekennzeichnete Beiträge müssen nicht mit der Meinung des Herausgebers übereinstimmen. Jede Vervielfältigung von Texten und/oder Fotos bzw. Illustrationen ist nur mit schriftlicher Genehmigung des Herausgebers gestattet. **Coverfotos:** Astrid Knie; Shutterstock; GlebSStock, Matej Kastelic

Einsetzen. Durchsetzen. Umsetzen.

Hauptgruppe 1

Eine Wahl zwischen Überzeugung & Vernunft

Die ersten Personalentscheidungen nach der Europa-Wahl sind getroffen: Erstmals wird mit Ursula von der Leyen eine Frau das Amt der Kommissionspräsidentin übernehmen.



BILD: © ROBERT RUBA

Thomas Kattnig
Bereichsleiter EU
und Internationales
der youunion _ Die
Daseinsgewerk-
schaft,
Mitglied im
Europäischen
Wirtschafts- und
Sozialausschuss

Die Wahl der neuen Kommissionspräsidentin fiel mit nur neun Stimmen mehr als der erforderlichen absoluten Mehrheit denkbar knapp aus. Jetzt gilt es, eine handlungsfähige geschlechterparitätisch besetzte Kommission zu bilden und die vielen Versprechungen einzulösen. Dabei müssen vor allem die Mitgliedstaaten mitspielen.

Die Skepsis vieler Abgeordneter gegenüber der Vorgangsweise des Europarats, mit ihrer Nominierung das Prinzip der SpitzenkandidatInnen zu verwerfen, aber auch den inhaltlichen Schwerpunkten von der Leyens gegenüber, zeigt das Ergebnis: Sie erhielt nur 383 Stimmen bei 327 Gegenstimmen und 23 Enthaltungen.

Viele Ankündigungen

Es war wohl eine Entscheidung, die mehr der Vernunft als der Überzeugung vieler Abgeordneter geschuldet war, um die EU in keine institutionelle Krise zu stürzen. Aber auch den vielen Versprechungen, die von der Leyen in die Waagschale warf – die sie aber ohne Europarat gar nicht erfüllen kann.

Große Vorhaben

In ihrer teils pathetischen Rede kündigte von der Leyen an, enger mit dem Parlament zusammenarbeiten zu wollen, indem sie Resolutionen des Parlaments in konkrete Legislativvorschläge umwandeln werde. Auch die Verankerung des Modells der SpitzenkandidatInnen bei EU-Wahlen sowie transeuropäischer Listen versprach sie anzugehen. Ihr „Green Deal for Europe“ soll Europa bis 2050 klimaneutral machen. Sie will sich für eine Stärkung der ArbeitnehmerInnenrechte und Geschlechtergerechtigkeit einsetzen und Mindestlöhne schaffen, wobei von den Sozialpartnern ausgehandelte Kollektivverträge Vorrang haben sollen.

Für sie ist es auch nicht akzeptabel, dass große Unternehmen große Gewinne erzielen, jedoch kaum Steuern bezahlen müssen und gleichzeitig vom Aus-



BILD: © GEOFFROY VAN DER HASSELT / AFP / PICTUREDESIGN.COM

bildungssystem, der Infrastruktur und den Sozialsystemen in der EU profitieren. Außerdem will sie das Asylsystem reformieren und den Staaten an den EU-Außengrenzen mehr Unterstützung zukommen lassen.

Kommissionspräsidentin muss liefern

Im Herbst starten die Hearings für die neuen Kommissionsmitglieder. Österreich hat wieder Johannes Hahn als Kommissar vorgeschlagen. Von der Leyen hat deutlich gemacht, dass sie auf Geschlechterparität bei der Besetzung der Kommission wert legt. Bei den Hearings werden alle nominierten Kommissare mit den kritischen Fragen der Abgeordneten des EU-Parlaments konfrontiert. Spätestens dann steht das erste Versprechen auf dem Prüfstand.

Am 29. September wird gewählt. Zu wählen heißt, sich zuständig machen für die Politik, die uns alle betrifft.

Wir alle entscheiden, wie's weitergeht!

Man könnte schon verzweifeln, auf den ersten Blick jedenfalls! Denn was da auf der politischen Bühne passiert, geht auf keine Kuhhaut, wie es so schön heißt. Da wird wilder Etikettenschwindel betrieben: Die brutal verordnete Verlängerung der Arbeitszeiten wird als Maßnahme verkauft, um Österreich angeblich „zukunftsfit“ zu machen. Eingenebelt vom Alkohol wird versucht zu sondieren, welchen Marktpreis die Unabhängigkeit der Republik, welchen Preis der Ausverkauf von Grundrechten hat (Ibiza-Affäre). Da werden Gesetze missachtet (Grenzen bei Wahlkampfausgaben, ÖVP) und umgangen (Wahlkampfspenden der ÖVP). Da werden nichtssagende Parolen getrommelt und abgekupfert: „Einer, der unsere Sprache spricht“ (Jörg Haider 1999, FPÖ 2019 und ÖVP 2019).

Politisch abgekoppelt

„Warum, bitte schön, soll ich mich für dieses Theater interessieren? Warum soll ich mich in der und für die Politik engagieren?“ Das ist der Stoff, aus dem die Politikverdrossenheit gesponnen wird. „Die Politik, die sollen andere machen, das geht mich nichts mehr an. Vielleicht geh ich zur Wahl – aber wenn's Wetter schön ist, dann eher nicht.“ Es bildet sich ein Netz des Abgekoppelt-Seins, und das ist deshalb gefährlich, weil über unsere Köpfe hinweg entschieden

wird. Diese Entscheidungen haben aber einen nachhaltigen Einfluss auf unsere tagtägliche Lebenswelt, ob wir das jetzt wollen oder nicht.

Deshalb gibt es nur einen einzigen Ausweg: Wir müssen uns aus diesem Netz befreien und dürfen jenen Blendern nicht glauben, die vorgeben, komplexe, verästelte Probleme mit einem Handstreich und ganz einfach lösen zu können. Wir müssen uns einschalten, mitreden und mitgestalten. Wir dürfen uns nicht mit einfachen Losungen abspesen lassen, wir dürfen die Oberflächlichkeit, Doppelbödigkeit und Ignoranz vieler PolitikerInnen nicht mehr durchgehen lassen. Wir müssen zurück zu dem, was Demokratie wirklich bedeutet: Herrschaft des Volkes, als Gegensatz zur Oligarchie, der Herrschaft der Wenigen. Herrschaft des Volkes bedeutet also das Mitgestalten der Vielen. Die Mitgestaltung durch uns ist damit gemeint, und mit Internet und sozialen Medien ist das um ein gutes Stück einfacher geworden. Packen wir's an! Die Teilnahme an dieser Wahl am 29. September ist nicht nur selbstverständlich, es möge damit auch ein heißer Herbst beginnen, in dem wir uns wieder verstärkt zuständig machen – zuständig für die Politik, die uns betrifft! Überlassen wir das nicht den wenigen anderen!

✉ manfred.obermueller@wien.gv.at



BILD: © PETRA SPOLA/AGF

Manfred Obermüller
Stellvertretender
Vorsitzender
Hauptgruppe 1

„Das Leben vieler ÖsterreicherInnen wurde massiv verschlechtert.“

Pamela Rendi-Wagner erklärt im teamwork-Interview, wie sie ArbeitnehmerInnen mit 1.700 Euro Mindestlohn, der Wiedereinführung der „Beschäftigungsaktion 20.000“ und Frauen mit 50 Euro Extra-Pension pro Kind entlasten will. **Von Karin Zauner-Lohmeyer**



BILD: © PETRA SPIOLAHICI

Karin Zauner-Lohmeyer

Chefredakteurin
teamwork

Was bedeutet Gewerkschaft für Dich persönlich?

Gewerkschaft bedeutet für mich eine starke Vertretung von ArbeitnehmerInnen durch ArbeitnehmerInnen und das gemeinsame Eintreten für die Interessen und für die Rechte der hart arbeitenden ÖsterreicherInnen.

Bist Du Gewerkschaftsmitglied?

Ja, ich bin Gewerkschaftsmitglied in der Sparte „Öffentlicher Dienst“.

Was war Deine Motivation, in die Politik zu gehen?

Als Ärztin habe ich einen Eid geschworen, den Menschen zu helfen. Aber als Ärztin konnte ich immer nur einem Menschen auf einmal helfen. In der Politik jedoch kann man mit einer Maßnahme tausenden Menschen gleichzeitig helfen, und das ist meine tiefste Überzeugung: Die Politik ist dazu da, das Leben der Menschen zu verbessern.

Worin liegen Deine Stärken? Wo Deine Schwächen?

Eine Stärke ist, dass ich wirklich nichts auf Befindlichkeiten halte, sondern immer, so angespannt die Situation auch sein mag, konkrete Lösungen im Blick habe. Ich habe auch leider eine wirklich große Schwäche für Hunde. Ich hätte auf meinen Österreich-Touren am liebsten alle mitgenommen!

Wie bewertest Du die Politik der türkis-blauen Regierung?

Die letzten 18 Monate waren geprägt von sozialer Kälte und ArbeitnehmerInnenfeindlichkeit und haben das Leben vieler ÖsterreicherInnen massiv verschlechtert. Was komplett gefehlt hat, ist jede Gesprächsbereitschaft und jede Einbindung der Bevölkerung in politische Entscheidungen.

Hat die türkis-blaue Politik dem Ansehen Österreichs in Europa geschadet?

Ja, leider hat das jahrzehntelange gute Ansehen Österreichs im Ausland unter Türkis-Blau gelitten.



BILD: © JUERG CHRISTAND/KURIEN/PICTUREDESK.COM

„Ich renne für den sozialen Frieden, für Würde, für Meinungsfreiheit und für Demokratie. Ich renne für euch und ich bitte euch: Rennt mit mir!“


BILD: © JÜRGEN CHRISTANDL/KURIER/PICTUREDESK.COM

Welche politischen Entscheidungen ganz besonders?

Der vor allem von der ÖVP forcierte Sozialabbau und die Kürzungen bei den Schwächsten in unserer Gesellschaft haben ein negatives und verkehrtes Bild unseres Landes gezeichnet. Nicht zu vergessen sind natürlich die vielen Skandale der FPÖ: Ich erinnere an die Zerschlagung des Bundesamts für Verfassungsschutz durch FPÖ-Innenminister Kickl, die vielen rechtsextremen „Einzelfälle“ oder das Ibiza-Video von Strache und Gudenus.

Gibt es Maßnahmen von Kurz & Co, die Du als Bundeskanzlerin zurücknehmen würdest?

Die Liste der Maßnahmen, die ich korrigieren würde, ist lang. Angefangen bei der Streichung der erfolgreichen Beschäftigungsaktion 20.000 oder der Kürzung der Mindestsicherung, unter der vor allem Kinder leiden. Das muss auf jeden Fall wieder korrigiert werden, um langzeitarbeitslosen älteren ÖsterreicherInnen und unseren Kindern wieder eine Perspektive zu geben.

Welche sind derzeit die größten Herausforderungen in Österreich?

Während das alltägliche Leben immer teurer wird und die Wohnkosten explodieren, stagnieren die Löhne der ÖsterreicherInnen. Viele Menschen haben Schwierigkeiten, trotz Vollzeitjob mit ihrem Gehalt auszukommen und müssen am Ende des Monats jeden Euro dreimal umdrehen. Hier muss sich etwas ändern. Eine weitere Herausforderung ist die Frage, wie wir die Pflege in Zukunft absichern können. Und auch die Klimakrise ist natürlich eine große Herausforderung.

Welche Maßnahmen willst Du gegen Sozialabbau und eine Politik gegen die Rechte der ArbeitnehmerInnen setzen?

Ich will, dass jeder Mensch, der einen Vollzeitjob hat, gut davon leben kann. Eine unserer Hauptforderungen ist deswegen die Einführung eines monatlichen Mindestlohns von 1.700 Euro. Ein Kernpunkt unseres Konzepts zur Steuerstruktur ist außerdem eine Steuerbefreiung der ersten 1.700 Euro für alle ÖsterreicherInnen. Das entlastet die hart arbeitenden

Menschen mit kleinem und mittlerem Einkommen. Wir fordern auch einen Rechtsanspruch auf eine Vier-Tage-Woche.

Wie denkst Du über die Privatisierung der Daseinsvorsorge?

Wir wehren uns gegen den Ausverkauf von öffentlichem Eigentum und Leistungen, vom Trinkwasser über Krankenhäuser und Schulen bis zum Gemeindebau. Diese wichtigen Leistungen müssen in öffentlicher Hand bleiben. Wir arbeiten an einer guten Versorgung aller Menschen in diesem Land. Wer Wohnen, Gesundheits- und Wasserversorgung als Profitquellen sieht, ist bei uns falsch. Dass Privatisierungen der falsche Weg waren, zeigt der Trend der letzten Jahre in Europa. In den letzten 25 Jahren gab es insgesamt über 700 Rekommunalisierungen, weil die Qualität der Daseinsvorsorge durch Privatisierungen gesunken ist.

Was braucht es in der österreichischen Frauenpolitik?

Die Gleichstellung zwischen Mann und Frau ist eine Frage der Gerechtigkeit und



BILD: © JUEERG CHRISTANDU/KURIER/PICTUREDESK.COM

der Menschenwürde. Ein Knackpunkt ist hier leider, dass Frauen für gleichwertige Arbeit immer noch nicht die gleiche Bezahlung bekommen. Packen wir's an und schließen wir die Einkommensschere! Darüber hinaus braucht es mehr Gewaltenschutz- und Frauenberatungseinrichtungen. Klar ist: Wir wollen eine deutliche Erhöhung der Mittel, die die öffentliche Hand für Frauen ausgibt!

Wie denkst du über Frauenquoten zum Beispiel in den Aufsichtsräten von staatsnahen Unternehmen?

Frauenquoten wirken. Für die Aufsichtsräte staatsnaher Betriebe gilt schon seit 2011 eine Quotenregelung von 35 Prozent, die sich sehr bewährt: Der Anteil von Frauen in den Aufsichtsräten hat sich dadurch von 16 Prozent auf mehr als 45 Prozent gesteigert. Es gibt genügend qualifizierte Frauen für diese Aufgaben. Die Bestellung von Aufsichtsräten verläuft

meist sehr informell, gerade deshalb ist eine Quote so wichtig.

Was würdest Du als Bundeskanzlerin gegen die Altersarmut von Frauen unternehmen?

Frauen sind besonders von Armut im Alter betroffen. Sie bekommen nur halb so viel Pension wie Männer, weil sie auch im Erwerbsleben deutlich weniger verdienen. Die Lohnschere beträgt 22 Prozent! Deshalb wollen wir mehr Lohngerechtigkeit durch Lohntransparenz und spürbare Sanktionen bei Nichteinhaltung. Mit der Anrechnung der Karenzzeiten z.B. bei Gehaltsvorrückungen ist uns ein wichtiger Schritt gelungen, jetzt wollen wir auch 50 Euro Extra-Pension pro Kind.

Wie sollen die vielen vorgeschlagenen Maßnahmen der SPÖ finanziert werden?

Ein wesentlicher Punkt bei der Finanzierung ist mehr Steuergerechtigkeit. Da Arbeit in Österreich im internationalen Vergleich sehr hoch besteuert wird und Vermögen sehr niedrig, sehe ich Handlungsbedarf. Deswegen will ich Vermögen und Erbschaften ab einer Million Euro stärker besteuern, sodass auch MillionärInnen einen gerechten Beitrag zur Finanzierung wichtiger gesellschaftlicher Aufgaben wie der Bildung leisten. Das bringt rund zwei Mrd. Euro. Zudem müssen internationale Großkonzerne endlich ihre Steuern bezahlen. Investitionsprogramme etwa in den Ausbau der Öffis und klimafreundliche Technologien schaffen Jobs und kurbeln die Wirtschaft an – das macht sich auch für den Staatshaushalt bezahlt.

Welche gesellschaftspolitische Vision hast Du?

Ich sehe unsere freie Gesellschaft nicht als selbstverständlich an. Demokratische Erregenschaften und erkämpfte Freiheits-

„Zuhören, die Sorgen und Nöte der Menschen ernst nehmen und Lösungen finden, die das Leben der Menschen verbessern - das ist mein Versprechen!“

Wordrap

Freundschaft: Bedeutet für mich „Familie“.

Besonders wichtig ist für mich: Mein Mann und meine beiden Töchter.

Was ich gar nicht mag: Wenn jemand Befindlichkeiten an erste Stelle setzt.

Wien: Meine Heimatstadt und die lebenswerteste Stadt der Welt.

Lieblingssport: Sport kommt in letzter Zeit leider viel zu kurz.

Lieblingsbuch: Sarah Spielermann – Digitale Ethik

Haustiere: Wir haben einen kleinen Hund namens „Button“, weil er so liebe Knopfaugen hat.

rechte sind nicht unumkehrbar – das haben wir in den letzten zwei Jahren auch in Österreich erlebt. Ich kämpfe daher für demokratische Grundwerte wie die Einhaltung der Menschenrechte, Meinungs- und Medienfreiheit. Für mich zählt, dass alle Österreicherinnen und Österreicher, Kinder, ArbeitnehmerInnen und PensionistInnen, die gleichen Chancen auf ein gutes Leben haben.

Was unterscheidet Deine Politik von jener des Sebastian Kurz? Warum soll ich Dich wählen?

Für mich steht immer der Mensch, das Gemeinsame und nicht das Trennende, im Mittelpunkt meiner Politik. Deswegen mache ich Politik für alle und nicht für einige wenige. Was wirklich zählt, ist Menschlichkeit, Solidarität, Anstand und Ehrlichkeit. Die Wunschliste von Großspendern abzuarbeiten, kommt für mich nicht in Frage. Das wirksamste Mittel gegen eine Neuauflage der türkis-blauen Koalition ist eine Stimme für die Sozialdemokratie.

Vielen Dank!

Querraunzerin



Meinung

Wer ist hier der Kugelfisch?

„Ziel ist ein schlanker Staat“, hat der ehemalige Bundeskanzler Sebastian Kurz immer wieder betont. Man brauche in Österreich dringend eine Verwaltungsreform und vor allem Entbürokratisierung, erklärt er mantraartig, landauf, landab. Mit Sätzen wie diesem hat er laufend versucht, Österreichs Verwaltung schlecht zu reden, und das Bild eines bladen Kugelfisches gezeichnet. Auch nichts Neues. Ist ja grundsätzlich Teil der schwarzen, pardon: türkisen, neoliberalen Strategie: „Der Staat ist schlecht, Private können alles besser!“

Was unsere Verwaltung mit ihren hochqualifizierten Bediensteten leistet, hat die Regierungskrise gezeigt. Während Sebastian Kurz sich aus der Politik kurzfristig vertuscht hat – um bei „den Menschen“ zu sein und mit ihnen zu wandern (aber wieder ohne Reinhold Messner, weil der will noch immer nicht) – und die FPÖ sich selbst nach Ibiza-Gate noch nicht neu erfunden hat, führt erstmals eine Frau die Regierungsgeschäfte. Ja, eine Frau. Auch das ist in Österreich möglich!

Brigitte Bierlein und ihr Kabinett aus Spitzenbeamtinnen und -beamten haben das wankende Schiff „Republik Österreich“ aus stürmischer See in ruhige Wasser geführt. Extrem cool, besonnen, ruhig. Tiefenentspannt. In ihrer Crew: Erstmals gleich viele Frauen wie Männer. Bundeskanzlerin Bierlein hat sofort erkannt, wo genau

Einsparungen in der Verwaltung ganz einfach möglich sind: In den ehemaligen türkis-blauen Ministerkabinetten. „Wir wollen auf nicht notwendiges Personal verzichten!“

Statt zuvor 14 MinisterInnen und zwei StaatssekretärInnen umfasst die Übergangsregierung Bierleins 12 MinisterInnen. In den 12 Ministerbüros gab es zum Zeitpunkt der Abwahl von Sebastian Kurz Ende Mai 395 MitarbeiterInnen. Brigitte Bierlein speckte die Anzahl auf 191 ab, wie die Antwort auf eine parlamentarische Anfrage der Liste JETZT zeigt. Eingespart wurden neben einer Vielzahl von Pressereferenten auch die GeneralsekretärInnen. Im Innenministerium unter Kickl und Edtstadler werden von den 54 Personen nur noch 15 benötigt. Das Kabinett des Vizekanzlers (vormals Strache) wurde von 31 auf 5 MitarbeiterInnen reduziert, jenes im Sozialministerium von 34 auf 10, im Verkehrsministerium von 36 auf 14.

Das durchschnittliche Gehalt einer KabinettsmitarbeiterIn beträgt laut Anfragebeantwortung 3.715 Euro brutto. Bis zum Wahltermin sparen sich die SteuerzahlerInnen 3 Millionen Euro! Geld, das für sinnvolle Zwecke ausgegeben werden kann.

Wilma

Die Bilanz

Die türkis-blaue Regierung hat die Rechte der ArbeitnehmerInnen beschnitten und der Demokratie und der Reputation Österreichs erheblich geschadet. Eine Rückschau.

➤ Kürzung der Mindestsicherung trifft Familien mit Kindern

Die türkis-blaue Bundesregierung hat Kürzungen der Mindestsicherung für Familien ab dem zweiten Kind beschlossen. Bei mangelnder „Integration“, definiert als geringe Deutschkenntnisse sowie fehlender Pflichtschulabschluss, wird die Sozialleistung um 300 Euro monatlich reduziert. Zudem wurde bei Integrationsmaßnahmen gespart.

➤ Kürzungen bei Deutschkursen

Halbiert werden die Mittel außerdem beim „Integrationsjahr“: Statt 100 Millionen gibt es 2018 nur noch 50 Millionen Euro für Deutschkurse und sonstige Qualifizierungsmaßnahmen.

➤ Kürzungen beim AMS

Ursprünglich hat das AMS für 2018 mit 1,94 Milliarden Euro staatlicher Förderung gerechnet. Bekommen hat es nur 1,4 Milliarden Euro. Das ist eine Kürzung von fast 30 Prozent.

➤ Kürzungen beim Lehrgeld

Jugendlichen ab 18 Jahren wird die Ausbildungsbeihilfe gekürzt, gewissermaßen das Pendant zur Lehrlingsentschädigung. Statt bisher mit 753 Euro müssen sich Betroffene ab Herbst in den ersten zwei Ausbildungsjahren mit 325,80 Euro pro Monat begnügen.

➤ Ende der Aktion 20.000

Die „Aktion 20.000“ zur Unterstützung älterer Arbeitssuchender zur Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt wurde gestoppt. Stattdessen müssen Arbeitslosengeld oder Notstandsgeld gezahlt werden und Steuereinnahmen fallen weg.

➤ Ende der „Facharbeiterausbildung Plus“

Zudem wird das Fachkräftestipendium von 41 Millionen auf 16 Millionen Euro gekürzt und die Ausbildungsgarantie bis 25 ist gar nicht mehr budgetiert. Rund 10.000 Jugendliche werden jetzt wohl arbeitslos oder in den Billiglohn-Sektor gedrängt.



➤ Verschärfungen gegen AsylwerberInnen

Sicherungshaft für potenzielle GefährderInnen, Kürzung des Stundenlohns für gemeinnützige Arbeiten auf 1,50 Euro, Umbenennung der Erstaufnahmezentren in Ausreisezentren. Die beiden letztgenannten Änderungen hat Interimsminister Eckart Ratz wieder zurückgenommen. Das Haftauf-Verdacht-Projekt blieb im Stadium „gefährliches Gedankenexperiment“.

➤ Familienbonus für GutverdienerInnen

Für Eltern bringt die Maßnahme eine Steuersenkung von bis zu 1.500 Euro pro Kind und Jahr – ein entsprechendes Einkommen vorausgesetzt. Kritiker bemängeln: GeringverdienerInnen, die von einem Steuerbonus nichts haben, werden mit 250 Euro abgespeist. Kinderbetreuungskosten können seither nicht mehr abgesetzt werden.

Sebastian Kurz: „Das Fundament steht. Die Veränderung hat erst begonnen.“



BILD: © GILBERT NOVY / KURIER / PICTUREBESK.COM

- **Message-Control und Beeinflussung der Medien**
 „Überall dieselbe Botschaft, dieselben Formulierungen. Und wo nicht gespurt wird, erhalten Vorgesetzte und Eigentümer deutliche Anrufe“, erzählt der Ex-Kurier-Herausgeber Helmut Brandstätter in seinem Buch „Kurz & Kickl – Ihr Spiel mit Macht und Angst“. Die wohlwollenden Zeitungen und TV-Sender bekamen Exklusiv-Interviews und Inserate. „Von korrekter Behandlung der Medien kann keine Rede sein“, so Brandstätter.
- **Mehr Einfluss der Unternehmer in der Sozialversicherung**
 Die Regierung kürzt bis 2020 21 Sozialversicherungsträger auf 5 zusammen. In der sogenannten Österreichischen Gesundheitskassa werden 7 Millionen Beschäftigte und ihre Angehörigen krankenversichert sein. Im neuen Dachverband der Sozialversicherungsträger werden Unternehmer die Mehrheit stellen. Dort wird über Selbsthalte für Versicherte entschieden. Zudem drohen Leistungskürzungen, weil den Krankenkassen Gelder abgezogen werden.
- **Schaden für die Reputation Österreichs**
 Die vielen rechtsradikalen „Einzelfälle“ in der FPÖ (Liederbuch-Affäre etc.), das Verhalten der Spitzenpolitiker Strache und Gudenus im Ibiza-Video sowie die unglaublich aggressive Politik des Herbert Kickl gegen AsylwerberInnen haben dem Ansehen Österreichs im Ausland geschadet.
- **Isolation des Österreichischen Geheimdiensts**
 Die Nähe der FPÖ zu Russland und zur rechten Szene hat dazu geführt, dass europäische Geheimdienste Österreich nicht als vollwertigen Partner akzeptieren. Wichtige Informationen werden dem Österreichischen Bundesverfassungsdienst vorenthalten.
- **Ende des Nichtraucherschutzes**
 Die türkis-blaue Bundesregierung hat die Rücknahme des ab 1. Mai geplanten Rauchverbots in der Gastronomie in der Nationalratssitzung vom 22. März beschlossen.
- **12-Stunden-Tag und 60-Stunden-Woche**
 Ohne Begutachtungsphase wurden der 12-Stunden-Tag und die 60-Stunden-Woche möglich gemacht. Die Sozialpartner oder der Betriebsrat müssen nicht mehr zustimmen, wenn 60 Stunden in der Woche gearbeitet wird.
- **900.000 Euro Kosten für Polizei-Pferde**
 Innenminister Herbet Kickl ließ 24 Polizei-Pferde anschaffen. Diese Reiterstaffel würde 900.000 Euro binnen zwei Jahren verschlingen. Das Projekt wurde von der neuen Regierung gestoppt.

Eine Woche Margit

Margit Pollak ist ein Gewinn - nicht nur als Vorsitzende der FSG SoFair, sondern auch im wahrsten Sinn des Worts.



BILD: © PETRA SPOLAJHIGI

Karin Zauner-Lohmeyer
Chefredakteurin
teamwork

„**E**ine Woche Margit Pollak in einem Kindergarten“ können die KollegInnen der MA 10 bei der Tombola bei der SoFair Playback-Show gewinnen. Die eigene Arbeitskraft als Preis? Was vielleicht etwas seltsam anmutet, ist für die KollegInnen gerade in der Urlaubszeit eine große Unterstützung. Da wird jede helfende Hand gebraucht. Dieses Jahr arbeitete Margit eine Woche im Juli als Kindergarten-Assistentin in der Doeltergasse 3 im 22. Bezirk. In der Kleinkindergruppe, mit den 0- bis 3-Jährigen. Ich habe Margit im Kindergarten besucht.

Die Hitze fordert alle

Es ist acht Uhr. Ein kleiner Bub will sich nicht von seiner Mama trennen. Er weint. Große Tränen rollen über seine Wangen. Die Pädagogin redet liebevoll auf ihn ein und nimmt ihn entgegen. Drei Kinder sitzen schon beim Tisch und frühstücken. Marmelade auf dem Brot, Marmelade um den Mund. Sie lassen sich nicht stören. Margit ist im Freien und schiebt Kinderfahrzeuge aus dem Holzschuppen, gelb-rot-blaue Dreiradler. „Heute wird es extrem heiß, 35 Grad“,

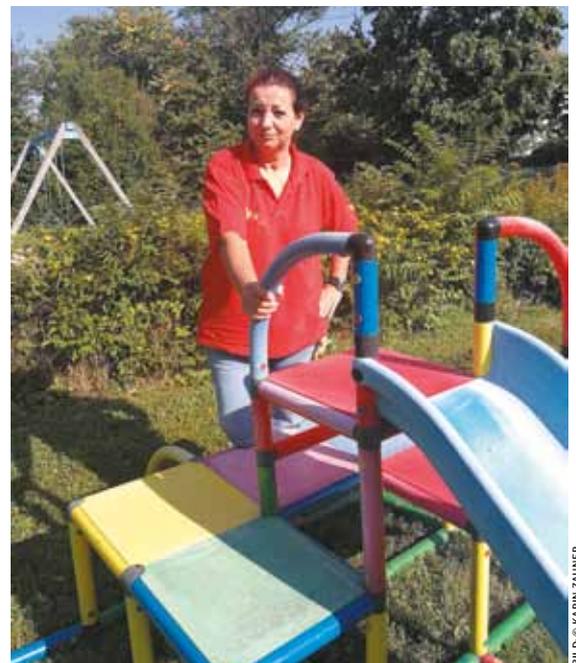


BILD: © KARIN ZAUNER

sagt sie besorgt. „Wir werden mit den Kleinen daher nur bis zu Mittag draußen sein, ein bisschen pritscheln. Sobald die Sonne um die Ecke kommt, müssen die Jalousien runtergezogen werden, denn der Kindergarten hat keine Klimaanlage. Das halten wir sonst nicht aus!“

Der Tagesablauf einer Kindergarten-Assistentin ist fordernd. Während die Pädagogin mit den Kindern lernt, übt und sie begleitet, erledigt die Assistentin den Haushalt. Mahlzeiten vorbereiten, Geschirr abwaschen, putzen, füttern, mit den Kindern auf die Toilette gehen, die Kleinen wickeln und vieles mehr. „Wie anstrengend das ist, spüre ich bereits“, sagt Margit lächelnd. „Ich bin das nicht mehr gewöhnt, aber es macht Spaß!“, strahlt sie. „Heute haben wir bis siebzehn Uhr dreißig geöffnet und dann werde ich streichfähig sein. Aber von den Kindern und den Kolleginnen kommt so viel Positives zurück. Ich freue mich jedes Jahr auf diese Woche. Ich bin wirklich gerne ein Tombola-Preis!“



BILD: © KARIN ZAUNER

Neue Karrierewege

Die yunion hat mit der Dienstgeberin ein Pilotprojekt mit attraktiven beruflichen Weiterentwicklungsmöglichkeiten für die KollegInnen im Wiener Magistrat vereinbart.

Das „alte“ Besoldungssystem ist stark ausbildungslastig – über die Einstufung entscheidet die absolvierte Ausbildung und nicht, welche Tätigkeit tatsächlich ausgeübt wird oder ausgeübt werden könnte. Für die KollegInnen ist es oft unbefriedigend, in ihrer Verwendungsgruppe festzustecken, obwohl sie durchaus schwierigere Tätigkeiten übernehmen könnten. Die bevorstehende Pensionierungswelle der geburtenstarken Jahrgänge in den nächsten Jahren wird den Druck weiter verstärken, rechtzeitig geeignete Personen zu finden, die auf die oft anspruchsvollen Stellen nachrücken.

Die yunion hat im Rahmen des Wiener Bedienstengesetzes erfolgreich ausverhandelt, dass sich Bedienstete auch aufgrund von Berufserfahrung – und nicht nur aufgrund einer absolvierten Ausbildung – auf eine höhere Modellfunktion bewerben können, sofern keine sonstigen Vorschriften entgegenstehen. Die Zugangsverordnung regelt für die seit 1. Jänner 2018 eingetretenen KollegInnen, welche allgemeinen Voraussetzungen dafür nötig sind. Ein solches Instrument der Durchlässigkeit fehlt jedoch dringend für Bedienstete, die vor 2018 aufgenommen wurden und für welche die Besoldungsordnung 1994 gilt.

Attraktives Pilotprojekt

Auf Basis der bestehenden Rechtslage hat die yunion mit der Dienstgeberin vorerst ein Pilotprojekt für die Verwaltung ausverhandelt. Der Grundgedanke: MitarbeiterInnen, die vor dem 1. Jänner 2018 eingetreten sind, können sich auch ohne Zeugnis auf einen vakanten Dienstposten im Kanzlei- oder Fachverwaltungsdienst bewerben, wenn sie die entsprechende Dauer an facheinschlägiger Berufserfahrung vorweisen können. Wer sich lieber dafür entscheidet, einen Abschluss (Lehrabschluss oder Matura) im zweiten Bildungsweg nachzuholen, ist nicht an eine bestimmte Dauer der facheinschlägigen Berufserfahrung gebunden.

Mehr Chancen

Im Anforderungsprofil des vakanten Dienstpostens muss festgelegt sein, welche Ausbildung, Berufserfahrung und Einreihung erforderlich ist, um eine Tätig-

keit ausüben zu können. Sieht ein Anforderungsprofil vor, dass z.B. eine Stelle im Fachverwaltungsdienst (Verwendungsgruppe B) auch ohne Matura, aber mit facheinschlägiger Berufserfahrung ausgeübt werden kann, so können sich mehr geeignete Personen auf diesen vakanten Dienstposten bewerben. Ein Rechtsanspruch auf einen Dienstposten einer höheren Verwendungsgruppe besteht allerdings nicht. Nach einer probeweisen Verwendung von sechs Monaten erfolgt die vorläufige Überstellung in die neue Verwendungsgruppe. Die Überstellung wird dauerhaft, wenn die für die neue Verwendungsgruppe vorgeschriebene Dienstprüfung positiv absolviert wurde. Andernfalls wird man besoldungsrechtlich so behandelt, als wenn die vorläufige Überstellung unterblieben wäre.

Mit diesem zunächst auf drei Jahre angelegten Pilotprojekt eröffnen sich vielen erfahrenen Bediensteten neue Möglichkeiten für die berufliche Weiterentwicklung bzw. für den Wechsel in eine höhere Verwendungsgruppe.

Bewährt sich die Maßnahme im Verwaltungsdienst wie erwartet, ist die Adaptierung des Projekts für den technischen Dienst wünschenswert. Damit gemäß dem Prinzip „Aufstieg vor Einstieg“ künftig mehr KollegInnen als bisher innerhalb ihres Dienstverhältnisses aufsteigen können.

 angelika.schleinzer@yunion.at



Angelika Schleinzer
Personalvertreterin
MA 2 - Personal

BILD: © PETRA SPOLIA/HIG

Seit 1. September 2019 sind folgende Karrierewege für vakante Dienstposten möglich:

Bestehende Einreihung in den Verwendungsgruppen bzw. Dienstklassen	Erforderliche facheinschlägige Berufserfahrung	Bewerbung möglich auf einen Dienstposten der Verwendungsgruppe/ Dienstklasse
E, 4, 3, 3A, 3P	6 Jahre	D, Kanzleidienst
C/III, C/IV, C/V	6 Jahre	B/III, Fachverwaltungsdienst
C/IV, C/V	6 Jahre	B/VI, Fachverwaltungsdienst
C/V	6 Jahre	B/VII, Fachverwaltungsdienst

Impfen nützt, **impfen schützt!**

Die Impfpflicht ist in den Medien immer wieder Thema. Die MA 15 hat den Impfbedarf für die MitarbeiterInnen frühzeitig evaluiert, die Personalvertretung hat den Kostenersatz dafür verhandelt.



BILD: © PETRA SPIGLA/HGT

Mag.ª Elisabeth Jarolim; DSAⁱⁿ
Referentin
Soziale Berufe
Hauptgruppe 1

Impfungen sind der wirksamste Schutz vor Infektionskrankheiten, sie gehören zu den wichtigsten vorbeugenden Maßnahmen in der Medizin. Krankheiten, die früher lebensbedrohend waren, konnten durch gezielte Impfprogramme ausgerottet werden.

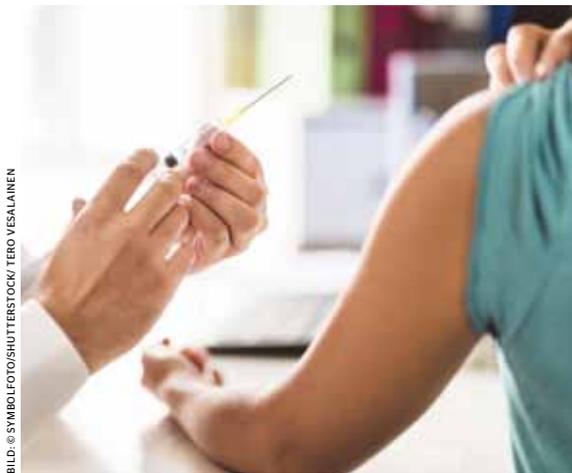


BILD: © SYMBOLFOTOSHUTTERSTOCK/ TERO VESALAINEN

Gerade die MitarbeiterInnen im Gesundheitsbereich tragen eine immense Verantwortung gegenüber PatientInnen und KlientInnen. Eine regelmäßige Auffrischung des Impfschutzes ist daher unumgänglich, um Infektionen bei MitarbeiterInnen, PatientInnen und KlientInnen vorzubeugen.

Obwohl die Gefährdung für die MitarbeiterInnen der MA 15 äußerst gering ist, sich bei der Arbeit eine Infektionskrankheit zuzuziehen, sind in Anbetracht der im Einzelfall möglichen – zum Teil gravierenden – Komplikationen von Infektionskrankheiten alle Anstrengungen zur Verhütung beruflich bedingter Ansteckung durch die Stadt Wien zu unternehmen.

Infektionskrankheiten werden unterschätzt

Die durch Impfung vermeidbaren Infektionskrankheiten können mit schweren Komplikationen verlaufen und eventuell bleibende Schäden verursachen. Bei vielen dieser Erkrankungen gibt es keine wirksame Behandlung. Mit Schutzimpfungen können diese Risiken weitgehend vermieden werden.

Grundsätzlich setzen Impfungen, die nicht gesetzlich vorgeschrieben sind, die freiwillige Zustimmung von MitarbeiterInnen voraus. Derzeit existieren in Österreich keine Impfungen, die gesetzlich vorgeschrieben sind. Die Dienstgeberin hat jedoch eine sogenannte Fürsorgepflicht. Das heißt, dass eine Gefährdung der MitarbeiterInnen z.B. durch Infektionserkrankungen so weit wie möglich zu vermeiden ist. Die MA 15 hat darum die Verpflichtung gemäß § 37 Wiener Bedienstetenschutzgesetz entsprechend wirksame Schutzimpfungen – nach Evaluierung der möglichen Gefährdungen am Arbeitsplatz – zur Verfügung zu stellen.

Gratisimpfungen durchgesetzt

Da die MA 15 nach durchgeführter Evaluierung die Verpflichtung hat, entsprechende Schutzimpfungen anzubieten, konnte die Personalvertretung der MA 15 mit der Abteilungsleiterin für KollegInnen, die im alten Dienstrecht und vor 2018 bei der Stadt Wien eingetreten sind, ausverhandeln, dass alle angebotenen Impfungen sowie die vor manchen Impfungen nötigen Blutabnahmen und nachfolgende Titerbestimmungen im Labor kostenlos sind.

„Infektionskrankheiten können manchmal gravierende Komplikationen mit sich bringen.“

Cyber-Angriffe auf den Magistrat

In der Wiener Stadtverwaltung kommt kein Bereich mehr ohne die von Wien Digital (MA 01) zur Verfügung gestellten Informations- und Kommunikationstechnologien aus.

E-Government bietet die Möglichkeit, Dienstleistungen der Stadt Wien einfach und bequem in Anspruch zu nehmen. MitarbeiterInnen, BürgerInnen und die Wirtschaft können darauf vertrauen, dass mit ihren Daten sorgsam und sicher umgegangen wird. Das hochqualifizierte Security-, Safety- und Compliance-Team bei Wien Digital – Kollege Christian Mehlmauer ist regierender Staatsmeister der „Austria Cyber Security Challenge“ – sorgt dafür rund um die Uhr.

Intelligenter Virenschutz

Angriffe durch bösartige Software, sogenannte Malware, auf die IT-Infrastruktur der Stadt Wien passieren permanent. Früherkennung und Geschwindigkeit spielen bei der Bekämpfung daher eine entscheidende Rolle. Doch wie kann man sich vor etwas schützen, das man noch gar nicht kennt? Anfang Dezember 2018 wurde von Wien Digital darum ein verhaltensbasierender Virenschutz im Magistratsnetzwerk sowie im Wiener Bildungsnetz schrittweise aktiviert. Ergänzend zum Schutz vor bekannter Schadsoftware werden mit diesem auch unbekannt Bedrohungen durch Verhaltensanalyse daran gehindert, sich in unseren Netzwerken zu verbreiten.

Angriffe durch künstliche Überlastung

Eine andere Form von Cyber-Angriffen sind sogenannte „Distributed-Denial-of-Service (DDoS)“-Angriffe: Dabei wird durch eine Vielzahl gezielter Anfragen von einer großen Zahl an Rechnern versucht,


BILD: © SYMBOLFOTO/SHUTTERSTOCK/IGLEBESSTOCK

Internet-Seiten zu blockieren. Seit dem 6. Mai 2019 verzeichnet Wien Digital nahezu täglich massive DDoS-Angriffe auf den Wiener Magistrat. Für kurze Zeit waren deswegen auch die Websites von wien.gv.at sowie der Rathauskorrespondenz nicht verfügbar; alle anderen wien.gv.at-Anwendungen waren nicht betroffen.

„Wir sind bestrebt, technische Lösungen zu etablieren, damit es zu gar keinen Ausfällen kommt. Aber wir befinden uns – wie immer – im ständigen Wettlauf zwischen Angreifer und Verteidiger. Gemeinsam mit den Teams des Geschäftsbereichs Betrieb konnten wir bei derartigen Angriffen die Ausfallzeiten durch zusätzliche Maßnahmen minimieren“, ist Security-, Safety- und Compliance-Teamleiter Wolfgang Steiner auf die erfolgreiche Zusammenarbeit der KollegInnen der MA 01 stolz.

Nähere Informationen

WienCERT – Security Informationen:

<https://www.intern.magwien.gv.at/wpms/security>

Watchlist Internet:

<https://www.watchlist-internet.at>

Onlinesicherheit.at:

<https://www.onlinesicherheit.gv.at>

✉ franz.haag@wien.gv.at
✉ helmut.hashemi-kepp@wien.gv.at
✉ herbert.mayerhofer@wien.gv.at

„Wir befinden uns im ständigen Wettlauf zwischen Angreifer und Verteidiger.“

Alles aus einer Hand

Mehr als 100.000 Personen erhalten pünktlich ihre Gehalts- bzw. Pensionsabrechnung: BeamtInnen, Vertragsbedienstete, Lehrlinge, und viele mehr. Kaum jemand kennt die komplexen Abläufe dahinter.

Damit Gehälter, Zulagen, Zuschläge und Pensionen korrekt auf den Empfängerkonten einlangen, laufen in der MA 2 – sozusagen hinter den Kulissen – fest strukturierte, ausgeklügelte und hochgradig vernetzte Prozesse ab. Denn die begleitenden EDV-Prozesse müssen genauso flexibel und anpassungsfähig sein, wie ihre AnwenderInnen. Aktuellstes Beispiel für den menschlichen und technischen Kraftakt ist die Implementierung des neuen Wiener Bedienstetengesetzes mit seinen neuen Gehaltstabellen, Modellstellen und neuen Abläufen. Bei laufendem Betrieb war pünktlich mit 1. Jänner 2018 das neue Dienst- und Besoldungsrecht im MA 2-internen EDV-Programm WIPIS (Wiener Integriertes Personalinformationssystem) aktiviert – gleichzeitig mit der allgemeinen Gehalts- und Pensionserhöhung zum 1. Jänner.

Aus eigener Kraft geschafft

„Das soll den KollegInnen erst einmal jemand vorhüpfen“, erzählt die Vorsitzende des Dienststellenausschusses, Angelika Schleinzer, stolz. „Sie sind Vollprofis und stemmen mit den FachreferentInnen der Abteilung gewaltige Vorhaben – im übrigen ganz ohne externe Dienstleister. Die KollegInnen der MA 2 wissen selbst am besten, wie es geht.“

Selbst „Routine“-Arbeiten in der Gehaltsverrechnung und im Meldewesen sind wesentlich aufwendiger und heikler geworden. Wenn plötzlich mehr Lohnsteuer einbehalten werden muss, weil das Finanzamt Steuerbegünstigungen immer strenger anwendet, sind betroffene GehaltsempfängerInnen


BILD: © SYMBOLFOTO/SHUTTERSTOCK/ELENABSL

natürlich nicht begeistert. Die MA 2 ist an die Vorgaben des Finanzamts gebunden, den Ärger von Betroffenen bekommen die KollegInnen der MA 2 trotzdem ab. Auch die Einführung der monatlichen Beitragsgrundlagenmeldung zur Sozialversicherung sorgte für einiges Kopfzerbrechen während der Umstellungsphase.

Wissensmanagement organisieren

Seit 2019 ist der Beruf Lohn-/GehaltsverrechnerIn auf der bundesweiten Mangelberufsliste angeführt. „Ob man für unser Kerngeschäft tatsächlich qualifizierte Fachkräfte aus Drittstaaten findet, lässt sich bezweifeln“, ist Angelika Schleinzer skeptisch. Angesichts der Altersstruktur setzt die MA 2 daher auf interne Ausbildung: Mehr als ein Viertel der Beleg-

„Je anspruchsvoller das Produkt, desto erfolgreicher ist man mit eigenen MitarbeiterInnen, die es selbst gestalten und weiterentwickeln.“

schaft ist 55 Jahre oder älter, der Wissenstransfer darum eine der wichtigsten Herausforderungen der nächsten Jahre.

Erfahrung ist unersetzlich

Ob dabei die vielgepriesene Digitalisierung in der hochgradig vernetzten Datenwelt der Personalverwaltung und Gehaltsverrechnung helfen kann? Angelika Schleinzer ist bei diesem Punkt vorsichtig: „Nur eine ‚moderne‘, animierte Bildschirmoberfläche alleine ist noch kein Mehrwert, ebenso wenig blumige Marketingversprechen von geschäftstüchtigen Anbietern oder technische Modetrends. Wichtig sind Datensicherheit, gute Anwendbarkeit, Kompatibilität, Stabilität und Autonomie – was man selbst steuern oder eingeben kann, spart Zeit, Kosten und Nerven. Außerdem müssen die internen Prozesse von der Software unterstützt werden und nicht umgekehrt.“ Der allerwichtigste Faktor: Erfahrung und Fachwissen der AnwenderInnen.

Parallelbetrieb erfordert doppelte Arbeit

Die Implementierung des derzeitigen Personalverwaltungssystems WIPIS bedeutete seinerzeit für die EDV-SpezialistInnen und die KollegInnen der MA 2 jahrelangen Probe- und Parallelbetrieb, zahllose Tests, permanente Doppelerfassungen sowie minutiöse Querchecks, Kontrollen und Analysen auf beiden Systemen. Das alles natürlich bei laufendem Normalbetrieb und – Überraschung! – ohne externe Dienstleister. „In der Vorauswahl für eine Software haben private Anbieter abgewunken – zu komplex und zu anspruchsvoll waren schon damals die Anforderungen“, erinnert sich Dienststellenausschuss-Vorsitzende Schleinzer. Für die GehaltsempfängerInnen war dieser Kraftakt seitens der Technik als auch der KollegInnen der MA 2 nicht wahrnehmbar. Als das alte System abgedreht wurde und man das damals neue WIPIS aktivierte, wurden die Gehälter und Pensionen überwiesen, als wäre nichts gewesen.

Nicht selbstverständlich ...

Welche Probleme bei einer Systemumstellung in der Gehaltsverrechnung entstehen können, zeigt ein Blick zu den Wiener Stadtwerken: Als vor einigen Jahren auf ein anderes Gehaltsverrechnungssystem umgestellt wurde, bekamen die Bediensteten monatelang falsche Beträge überwiesen. Die Gehalts- und Überstundenabrechnungen waren selbst für Fachkundige unschlüssig und nicht nachvollziehbar.

Auch wenn die fachlichen Ansprüche und Anforderungen mitunter an die Grenzen führen – die Kolle-

Blick hinter die Kulissen

- Über 100.000 monatliche Gehalts- oder Pensionsauszahlungen inklusive Meldewesen (vor allem Sozialversicherung)
- Abgerechnet werden verschiedene Personengruppen: Lehrlinge, BeamtInnen, Vertragsbedienstete, LandeslehrerInnen, PensionistInnen, VerwaltungspraktikantInnen, Saisonbedienstete u. v. m.
- Unterschiedliche Rechtsgrundlagen sind dabei anzuwenden (Einkommensteuergesetz 1988, Allgemeines Sozialversicherungsgesetz, Satzungen der KFA, Dienstordnung 1994, Besoldungsordnung 1995, Pensionsordnung 1995, Vertragsbedienstetenordnung 1995 usw.)
- Zahlreiche Schnittstellen zu anderen Organisationen und Applikationen: Datenaustausch mit ca. 300 Personalstellen, Finanzamt, Sozialversicherung/KFA, Pensionsversicherungsanstalt, Pensionskasse, Mitarbeitervorsorgekasse, Zeiterfassungssystemen, dezentralen Erfassungssystemen (z. B. VIPer) etc.

gInnen der MA 2 arbeiten jeden Monat aufs Neue mit Hochdruck für ihre „KundInnen“, weil ihnen eines wichtig ist: Die korrekten Gehälter und Pensionen müssen pünktlich überwiesen sein.

 teamwork@fsg-hg1.at

„Langjährige praktische Erfahrung und solides Know-how der eigenen Belegschaft lassen sich durch externe Berater oder Modetrends nicht ersetzen.“

Birgit Hebein zur neuen Vizebürgermeisterin gewählt

Birgit Hebein ist die neue Vizebürgermeisterin der Stadt Wien. Die Grünen-Gemeinderätin folgt damit Maria Vassilakou als Vize-Stadtschefin und amtsführende Stadträtin für Verkehr, Klimaschutz, Energieplanung und BürgerInnenbeteiligung. Hebein wurde am 26. Juni 2019 vom Gemeinderat mit 54 Stimmen gewählt und freute sich: „Ich bin bereit. Ich bin bereit für mehr Verantwortung.“



BILD: © PID/CHRISTIAN JOBST

„Ich freue mich schon sehr auf die Zusammenarbeit mit Birgit Hebein“, begrüßte Wiens Stadtchef Michael Ludwig die neue Vizebürgermeisterin im Amt. In ihrer Antrittsrede skizzierte Hebein ihre Vision für das Wien im Jahr 2030, in dem die Stadt zwei Millionen Einwohner haben wird, davon 15 Prozent Kinder. In der Stadt der Zukunft werde es Grünraum geben und Jugendliche könnten über die Gestaltung mitbestimmen. Wien werde 2030 weniger Autos haben, der Öffi-Ausbau wird weitergetrieben und leistbares Wohnen gesichert sein, ist sie überzeugt.

Birgit Hebein wurde 1967 in Villach (Kärnten) geboren. Die ehemalige Sozialarbeiterin war von 2005 bis 2010 Mitglied der Bezirksvertretung und ab 2010 für die Grünen Mandatarin im Wiener Gemeinderat und Landtag.

Neue Wiener Kinder- und JugendanwältInnen

Dunja Gharwal und Ercan Nik Nafs sind Wiens neue Kinder- und JugendanwältInnen: Beide sind aus einem Hearing als bestgeeignete KandidatInnen hervorgegangen und wurden per 1. Juli 2019 von der Wiener Landesregierung bestellt.

Die 1970 geborene Dunja Gharwal bringt jahrelange Erfahrung als Sozialarbeiterin der Kinder- und Jugendhilfe mit, sie hat ein Masterstudium in diesem Bereich absolviert. Mit dem Thema Kinderschutz war sie dabei intensiv befasst, unter anderem auch als Gastdozentin an Fachhochschulen in St. Pölten und in Wien. Zuletzt war sie als Bildungsgrätzi-Beauftragte für die Koordination verschiedenster Bildungseinrichtungen verantwortlich.



BILD: © PID/OTAVA MARTIN

Mit Ercan Nik Nafs bleibt der KJA ein kompetenter Kinder- und Jugendanwalt erhalten: Der 45-jährige studierte Politikwissenschaftler und Jugendarbeiter ist seit 2014 Kinder- und Jugendanwalt und hat in dieser Zeit wichtige Schwerpunkte gesetzt: So hat er beispielsweise mit dem Netzwerk „Demokratiekultur und Prävention“ ein einzigartiges Projekt zur Bekämpfung von Extremismus, Radikalisierung und Demokratiefeindlichkeit ins Leben gerufen.

„Ich gratuliere den neuen Kinder- und Jugendanwälten zu ihrer Bestellung und bin überzeugt, dass der wichtige Einsatz für die Rechte von Kindern und Jugendlichen mit diesem Team fortgesetzt und um neue Akzente bereichert wird“, betont Stadtrat Czernohorszky.

Ändert sich mein Urlaubsanspruch, wenn ich von Teilzeit auf Vollzeit wechsle?



BILD: © PETRA SPIOLA

Aufgrund eines Urteils des Europäischen Gerichtshofs darf der Urlaub beim Wechsel von Vollzeit auf Teilzeit nicht vermindert werden. 80 Stunden Resturlaub einer Vollzeitbeschäftigung müssen im Folgejahr bei Teilzeitbeschäftigung 80 Stunden bleiben.

Dieses Gesetz gilt auch für den umgekehrten Fall, beim Wechsel von Teilzeit auf Vollbeschäftigung. Urlaubsansprüche aus dem Vorjahr werden stundenmäßig nicht mehr auf- oder abgewertet. Nimmt man aus dem Vorjahr 40 Stunden Urlaubsanspruch aus der Teilzeitbeschäftigung (20 Stunden) mit und wechselt mit dem neuen Jahr auf Vollzeit, bleiben diese unverändert. Da bei Vollbeschäftigung ein Urlaubstag acht Stunden wert ist, sind diese 40 Stunden Resturlaub nur mehr eine Woche Urlaub wert - nicht mehr zwei Wochen wie im Rahmen der Teilzeitbeschäftigung, als ein Urlaubstag mit vier Stunden berechnet wurde. Noch komplizierter wird es beim Wechsel des Beschäftigungsausmaßes während des Kalenderjahrs. Der Resturlaub bleibt zwar unverändert, der Urlaubsanspruch für das laufende Jahr wird aber dem veränderten Beschäftigungsausmaß entsprechend neu berechnet. Der Urlaubsanspruch für 2019 beträgt bei Vollbeschäftigung 200 Stunden. Beträgt das Beschäftigungsausmaß im ersten Halbjahr 20 Stunden pro Woche (50 %) und ab 1. Juli 40 Wochenstunden (100 %), ergibt das ein durchschnittliches Beschäftigungsausmaß von 75 %. Der neue Urlaubsanspruch für das Jahr 2019 beträgt daher ab dem Wechsel auf Vollzeit 150 Stunden.

margit.pollak@wien.gv.at

Wann erfolgt eine Rückreihung?



BILD: © PETRA SPIOLA

Das Wiener Bedienstetengesetz sieht unter bestimmten Bedingungen auch Rückreihungen vor.

Die Rückreihung ist eine Verwendungsänderung und bedeutet den Wechsel auf eine niedriger bewertete Modellstelle. Der/die Bedienstete wird dabei so eingereiht, als ob sie/er die maßgebende Dienstzeit im neuen Gehaltsband verbracht hätte. Dabei kann es natürlich zu Gehaltsminderungen kommen.

Der/dem Bediensteten, deren/dessen Gehalt durch die Rückreihung um mehr als 13 Prozent gemindert wird, gebührt eine Ergänzungszahlung, wenn die Rückreihung

- im Zusammenhang mit einer Organisationsänderung oder
- auf Grund gesundheitlicher Einschränkungen infolge eines Arbeitsunfalls bzw. einer Berufserkrankung oder
- in wichtigem dienstlichen Interesse erfolgt ist.

Die Höhe der Ergänzungszahlung beträgt die Differenz zwischen dem Gehalt der neuen Einreihung zu dem um 13 Prozent verminderten Gehalt der alten Einreihung. Diese Ergänzungszahlung zur neuen Einreihung gilt als Gehaltsbestandteil. In allen anderen Fällen, wenn ich mich z. B. auf eine niedriger bewertete Modellstelle habe versetzen lassen, gibt es keine Ergänzungszulage. Erfolgte die Rückreihung auf Antrag oder mit schriftlicher Zustimmung der/des Bediensteten, kann dies innerhalb einer Frist von zwei Wochen widerrufen werden.

guenter.unger@wien.gv.at

Was muss bei der Frühkarenz beachtet werden?



BILD: © PETRA SPIOLA

Für den Zeitraum von der Geburt eines Kindes längstens bis zum Ablauf des Beschäftigungsverbots der Mutter ist - auf Antrag - eine Karenz (Frühkarenz) zu gewähren. Die Dauer der Frühkarenz kann mindestens eine Woche bis längstens 31 Kalendertage betragen.

Im Antrag sind Beginn und Dauer spätestens eine Woche vor dem gewünschten Antritt der Frühkarenz bekannt zu geben. Ein gemeinsamer Haushalt mit Mutter und Kind muss gegeben sein. Die gesetzlichen Voraussetzungen gelten auch für gleichgeschlechtliche Paare. Eltern, die ein Kind adoptieren oder in unentgeltliche Pflege nehmen, können ebenfalls Frühkarenz beantragen, sofern das Kind das siebente Lebensjahr noch nicht vollendet hat.

WICHTIG ZU WISSEN: Für die Dauer der Frühkarenz erhält man kein Gehalt.

ACHTUNG: Der Familienzeitbonus ist unabhängig von der Frühkarenz zu sehen, für ihn gelten andere Regeln. Es handelt sich um eine Familienleistung, der Antrag ist bei der Gebietskrankenkasse zu stellen.

Aufgrund der komplexen Thematik ist es ratsam, dass sich Gewerkschaftsmitglieder in der Frauenabteilung der Hauptgruppe 1 einen Beratungstermin vereinbaren.

regina.mueller@wien.gv.at

Vorsicht Nebenwirkungen!

Die türkis-blaue Politik verstärkt die Kluft zwischen Arm und Reich und schwächt sowohl ArbeitnehmerInnen- als auch Frauenrechte.



BILD: © PETRA SPOLANIGI

Regina Müller
Frauvorsitzende
Hauptgruppe 1

Wir haben in diesem Land schon vieles erreicht, nicht umsonst zählt Österreich zu einem der reichsten Länder der Welt. Manches mag Privileg sein, vieles musste jedoch von unseren Großmüttern und Großvätern hart erstritten und erkämpft werden. Sie haben nicht auf einen Gnadenakt gewartet und setzten auf Initiative und Solidarität.

Zurzeit steht aber wieder Angstmache hoch im Kurs(z). Der Begriff Heimat wird dazu auf einfachste Bilder reduziert – vor allem, um aus Neid und Angst Profit zu schlagen.

Was ist Heimat?

Heimat ist für mich dort, wo ich zu Hause bin. Neben der wunderschönen Landschaft und Sprache bedeutet Heimat für mich vor allem: ein soziales Netz zu haben, selbstbestimmt Leben zu können, Sicherheit, Gesundheitsvorsorge, gutes Wasser – und dass ich mit meinem Hund täglich durch die Au spazieren kann. Heimat ist für jeden sicher etwas anderes, aber die Grundwerte sind für alle gleich.

Nebenwirkungen nicht übersehen

Wenn wir unsere Heimat fürsorglich behandeln, unsere Grundwerte erhalten wollen, müssen wir auf die Nebenwirkungen vorgeschlagener „Therapien und Medikamente“ achten. Denn leider befinden sich in den nett aufgemachten „Verpackungen“ und „Verschreibungen“ oft nur Fremdenfeindlichkeit, Leistungsoptimierungsphantasien sowie die Beschneidungen von ArbeitnehmerInnenrechten.



BILD: © SYMBOLFOTO/SHUTTERSTOCK/NADIA GRAPE

Die einen lassen sich segnen, hofieren Großspender, und verkünden ungeniert, dass es keine ArbeitnehmerInnenvertretung mehr braucht. Andere setzen auf das simple Motto: „Unsere“ Frauen „gehören“ uns und man muss sie schützen – mehr Rechte brauchen diese aber sicher nicht. Wiederum andere liegen zwar inhaltlich richtig, treten aber in der Öffentlichkeit manchmal etwas ungeschickt auf.

Was ist schlimmer? Und was hat mehr Nebenwirkungen? In diesem Sinne: bitte den Beipackzettel und das Kleingedruckte vor der Anwendung aufmerksam lesen!

**„Angstmache steht
zurzeit hoch im Kurs.“**

Wir haben eine Stimme und **bestimmen mit!**

Politisch interessierte Jugendliche sehen viele Entwicklungen sehr kritisch, zeigt eine anonyme Umfrage bei unseren Lehrlingen und jungen ArbeitnehmerInnen.

Ein Großteil der Jugendlichen findet es sehr positiv, dass man in Österreich ab dem 16. Lebensjahr wählen und politisch mitbestimmen kann. Ein paar kritische Stimmen beschwerten sich allerdings darüber, dass sie zwar gerne von ihrem Wahlrecht Gebrauch machen würden – sie mussten aber ehrlich zugeben, allein durch den Schulunterricht viel zu wenig über die aktuelle politische Situation sowie die Spielregeln und Abläufe in unserem Land zu wissen.

Wissen

2007 war Österreich das einzige Land in der Europäischen Union (EU), in dem man auf allen politischen Ebenen ab 16 Jahren wählen durfte.

2018 hat auch Malta das Wahlalter für nationale Wahlen auf 16 Jahre gesenkt. In den meisten deutschen Bundesländern dürfen Jugendliche ebenfalls mit 16 wählen – allerdings nur bei Kommunalwahlen. Bei Bundestags- und Europawahlen gilt weiterhin, dass erst 18-Jährige abstimmen dürfen.



Die Frage „Findest du es gut, dass man ab 16 Jahren wählen kann?“ beantwortete eine junge Arbeitnehmerin mit: „Ja, jedoch sollten Jugendliche besser über die einzelnen Parteien und ihre Ziele informiert werden.“ Denn bei den meisten Jugendlichen wird zu Hause nur bei größeren Ereignissen, die auch in den Medien besprochen werden, über Politik geredet.

Mehr Information gewünscht

Auch wenn viele meinen, nur wenig darüber zu wissen, wie Politik eigentlich funktioniert – in einem sind sich fast alle einig: Sie sind unzufrieden damit, dass von Politikern oft viel versprochen, aber nur wenig auch wirklich umgesetzt wird. „Mich nerven die Streitereien, dass sich alle gegenseitig schlecht machen, anstatt zusammen zu arbeiten“, so einer unserer Lehrlinge. Auch dass Parteien nicht kompromissbereit sind, wurde vielfach kritisiert.

Wählen gehen - ja bitte!

Die vom Ibiza-Skandal ausgelösten Neuwahlen begrüßen die meisten unserer Jugendlichen. Nur vereinzelt gab es kritische Meinungen, wie etwa: „Neuwahlen werden nichts ändern“, oder „Die derzeitige Expertenregierung ist allerdings erfrischend stabilisierend“.

Fest steht: Die Mehrzahl der Jugendlichen interessiert sich sehr wohl für Politik, auch wenn von den älteren Generationen oft der Vorwurf kommt, dass dies nicht der Fall sei.

 melanie.orou@wien.gv.at


BILD: © RENEE DEL MISSIER / HG1

Melanie Orou
Vorsitzende der
Jugendvertrauens-
personen der HG 1

**„Wir machen vom Wahlrecht
Gebrauch und gehen am
29. September wählen!“**

Die vierte industrielle Revolution

Die Umwandlung analoger Inhalte und Prozesse in digitale Formen und Abläufe ist unumkehrbar. Was bedeutet die Digitalisierung für Menschen mit Behinderungen im Arbeitsleben?



BILD: © PETRA SPOLAHNGI

Mag. Harald Castek
Behindertenvertrauenspersonen-Landessprecher und Vorsitzender in der Hauptgruppe 1

Im Gegensatz zur ersten industriellen Revolution, in deren Rahmen die menschliche Kraft durch mechanische Produktionsweisen substituiert wurde, wird durch die Digitalisierung und den Einsatz von künstlicher Intelligenz künftig die kognitive Leistungsfähigkeit durch Technik ersetzt werden. Digitale Systeme werden immer klüger und arbeiten unabhängig von Raum und Zeit. Die Übergänge von Freizeit und Arbeitszeit werden noch fließender werden, und disloziertes Arbeiten eine Selbstverständlichkeit.

Der große Vorteil dieser neuen Entwicklung liegt für Menschen mit gesundheitlichen und körperlichen Einschränkungen in der Vielzahl an technischer Unterstützung im Arbeitsalltag. Smartphone, Computer mit Lesefunktion oder Exoskelette, mit denen Querschnittgelähmte gehen können, sind unbestreitbar die positive Seite der Medaille.

Neue Kompetenzen erforderlich

Doch die andere Seite der Medaille liegt noch im Dunkeln. Durch neue Systeme, wie zum Beispiel



BILD: © MÖNZE ÖSTERREICH

den elektronischen Akt, welcher bei der Stadt Wien nicht mehr wegzudenken ist, werden zunehmend Menschen ersetzt. Damit werden Jobs, welche teilweise von Menschen mit Einschränkungen erfüllt wurden, überflüssig. Der ehemals erlernte Beruf wird nicht mehr gebraucht. Schafft man es, sich selbst umzuorientieren und andere Arbeiten für sich zu generieren, hat man Glück. ArbeitnehmerInnen mit Lernschwächen, die sich nicht flexibel verändern können, bleiben jedoch im Regen stehen. Darum sollten so rasch wie möglich

Umschulungen angeboten bzw. ein Plan für andere Verwendungen erstellt werden. Denn durch die Metamorphose der Arbeitswelt entstehen auch neue Tätigkeitsfelder – für die digitale Kompetenzen aber Voraussetzung sind.

Vorteile erkennen und nutzen

Darum braucht es Fort- und Weiterbildung, insbesondere für Menschen mit Behinderungen, um nicht zum Schlusslicht in der sich schnell ändernden Arbeitswelt zu werden. Nur wer gut vorbereitet ist, wird die Änderungen als positiven Fortschritt mit mehr Lebensqualität erfahren können.

Bei einer Enquete in der younion für Behindertenvertrauenspersonen am 7. November werden renommierte Gäste die Herausforderungen der Digitalisierung speziell für Menschen mit Beeinträchtigungen diskutieren.

„Künstliche Intelligenz kann uns zu einer freieren und gerechteren Welt verhelfen.“

Umfassend aktualisiert und modernisiert

Die neue, modular konzipierte Dienstausbildung für alle KollegInnen, die nach dem Wiener Bedienstetengesetz aufgenommen wurden, startet im Herbst 2019.

Im neuen Wiener Bedienstetengesetz gibt es traditionelle Bedienstetenkategorien, z. B. Kanzleidiensnt oder Fachverwaltungsdienst, nicht mehr. Statt der Dienstprüfung wurde die neue Dienstausbildung entwickelt. Basis ist ein 3-Säulen-Modell: Die erste Säule stellt die mitgebrachte Ausbildung dar (z. B. Lehrabschluss, Matura etc.). Die zweite Säule beinhaltet die zentral von der Wien-Akademie durchgeführte Dienstausbildung für bestimmte Modellfunktionen. Und die dritte Säule beschreibt die dienststellen- oder arbeitsplatzbezogene Aus- und Weiterbildung.

Bis auf weiteres Parallelbetrieb

Für welche Modellfunktionen eine Dienstausbildung vorgeschrieben wird, ist auf der Intranetseite der Wien-Akademie nachzulesen. Für KollegInnen, die

vor dem 1. Jänner 2018 aufgenommen wurden und denen im Dienstvertrag das Absolvieren einer Dienstprüfung vorgeschrieben wurde, gilt: Die alte Form der Dienstprüfung und die dazugehörigen Kurse bleiben vorläufig aufrecht, solange ein paralleler Kursbetrieb für eine Bedienstetenkategorie wirtschaftlich sinnvoll ist.

Kompakt konzipiert

Die Dienstausbildung ersetzt die fachspezifische Schulung in der Dienststelle nicht, sondern rundet diese mit wichtigen Themen ab. Neu eingetretene KollegInnen erhalten magistratsweit relevantes Basiswissen: Welche Struktur und Organe hat die Stadt Wien, wie funktioniert die Zusammenarbeit zwischen Politik und Verwaltung und vieles mehr. An ihrer Konzeption haben über 80 KollegInnen aus unterschiedlichen Abteilungen sowie die youunion mitgewirkt. Sie achteten darauf, die Lerninhalte verständlich und praxisorientiert zu gestalten.

Modular gegliedert

Durch ihren modularen Aufbau unterscheidet sich die neue Dienstausbildung von der bisherigen Dienstprüfung deutlich. Die Inhalte wurden in Basismodule und – je nach Modellfunktion – zusätzliche Vertiefungsmodule gegliedert. Damit gibt es keine Gesamtprüfung mehr, der Lernstoff wird künftig in Teilprüfungen abgefragt. Außerdem kommen die KursteilnehmerInnen künftig aus verschiedenen Berufsfamilien. Das ermöglicht ihnen einen Blick über den Tellerrand der eigenen Berufsfamilie sowie berufsgruppenübergreifende Netzwerke aufzubauen. Auch die Berufsfamilien „Soziale Arbeit“ und „IKT“ werden nun miteinbezogen.

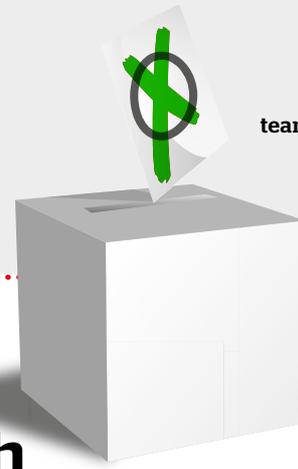


Angelika Schleinzer
Personalvertreterin
MA 2 - Personal

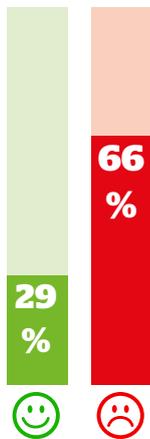


Günter Unger
Bildungsreferent
Hauptgruppe 1

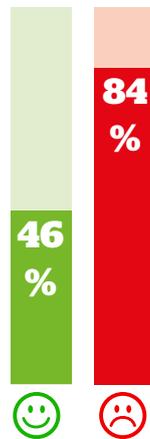




Wie unterschiedlich WählerInnen 😊 und Nicht-WählerInnen ☹️ denken ...



Ich halte es für sinnlos, mich politisch zu engagieren



Leute wie ich haben sowieso keinen Einfluss darauf, was die Regierung tut



Die Parteien zerreden alles und lösen keine Probleme



PolitikerInnen umgehen die bestehenden Gesetze, wenn es um ihre eigenen Vorteile geht



PolitikerInnen nehmen sich mehr Rechte heraus als normale BürgerInnen



Echt gut!

„Man sollte aus Vollidioten keine Märtyrer machen.“

Beate Meinl-Reisinger im Ö1-Gespräch über zu viel Aufmerksamkeit für die Identitären

„Es ist (in der 25-jährigen Firmengeschichte) noch nie passiert, dass jemand unter falschem Namen und mit solchem Aufwand Festplatten vernichten hat lassen“ ...

Siegfried Schmedler, Geschäftsführer der Firma Reisswolf im Presse-Interview zur ÖVP-Festplattenbeseitigung

Echt böse!

„Ich bin entsetzt und fassungslos, was alles möglich ist. Das ist Willkür und ein Unrechtsakt.“

Heinz-Christian Strache im Österreich-Interview zur Hausdurchsuchung bei ihm

„Ich habe mich bei manchen Aussagen gewundert und gefragt, was ich gemeint haben könnte.“

Johann Gudenus im Presse-Interview zum Ibiza-Video

„Ich war noch nackt, als die Polizei gekommen ist. Ich habe sie dann gebeten, noch etwas zu warten.“

Heinz-Christian Strache im Österreich-Interview zur Hausdurchsuchung bei ihm

Post aus Brüssel

Wie viel Stadt kann das neue Europaparlament?



BILD © PRIVAT



Das neue Europaparlament hat sich konstituiert, die Vorsitzenden der für Städte wichtigsten Ausschüsse bestimmt. Drei Ausschüsse – für Regionalpolitik, Umwelt und Verkehr – werden von Abgeordneten aus Frankreich geleitet. Städtefragen als Teil der Regionalpolitik macht nun ein linker Franzose aus La Réunion, die Umwelt liegt bei einem Liberalen, der Verkehr bei einer Grünen aus dem Norden. Dem Ausschuss für Binnenmarkt und Konsumentenschutz steht eine Grüne aus Flandern vor, jenem für Industrie, Forschung und Energie eine konservativ-liberale Rumänin aus einer Kleinstadt 100 Kilometer von Bukarest entfernt. Der mächtige Finanzausschuss wird von einem progressiven Abgeordneten des Europaparlaments aus Rom geleitet, der Sozialausschuss von einer Abgeordneten der Stockholmer rechten Zentrumspartei.

Ausschüsse bereiten mit dem Rat für die Städte wichtige EU-Gesetze vor – von Wasser, Abwasser und Müllentsorgung über Energie und Verkehr, Digitalisierung, Forschung und Industrie bis zur städtischen Dimension bei EU-Förderungen. Wie viel Stadt mit rund 400 neuen Abgeordneten in acht Fraktionen machbar ist, wird sich erst zeigen. Die Städte werden wieder viel Überzeugungsarbeit leisten müssen, damit sie gehört werden.

Übrigens: Zum ersten Mal seit zehn Jahren ist eine Österreicherin wieder Vorsitzende eines Ausschusses – eine sozialdemokratische Gewerkschafterin aus Wien leitet den Gleichstellungsausschuss.

Michaela Kauer, MBA
Leiterin des Verbindungsbüros der Stadt Wien in Brüssel

Lust statt Frust am Lernen

Jetzt hat er wieder begonnen, der berühmt berüchtigte „Ernst des Lebens“. Denn für viele Familien stellt die Schule eine große Belastung dar.

Eltern wollen für ihre Kinder ja immer nur das Beste. Darum wollen sie ihren Nachwuchs auch dazu bewegen, gute Leistungen zu erbringen – aber den Kindern fehlt oft die nötige Motivation zum Lernen. Viele Streitgespräche sind damit vorprogrammiert, die eigentlich niemand will.

Was macht man des Öfteren, wenn man sich mit seinen Wünschen und Forderungen nicht durchsetzen kann? Man erhöht den Druck. In der Hoffnung, dass Kinder sich von Verboten beeindrucken lassen und deshalb lieber und besser lernen, drohen Eltern mit Handyverbot, dem Abschalten des Internets, Hausarrest, Fernsehverbot und vielem mehr.

Druck schafft nur Gegendruck

Dabei gibt es ein altes physikalisches Prinzip, das in der zwischenmenschlichen Kommunikation genauso gilt: „Druck erzeugt Gegendruck“. Drohungen sind schon immer negative Motivatoren gewesen. Man ärgert sich eher, geht in den Widerstand, trotzt und will erst recht nicht.

Dabei müsste man nur den anscheinend in vielen Eltern implantierten Chip mit dem Satz „Wenn du nicht ..., dann darfst du nicht ...“ umprogrammieren. Denn dieser signalisiert eine eindeutige Drohung: „Wenn du nicht die Schulaufgaben fertig machst, gibt es kein Handyspielen heute.“


BILD: © SYMBOL FOTO/SHUTTERSTOCK/FAMVELD

Es wäre eigentlich ganz einfach. Lassen Sie nur das Wörtchen „nicht“ weg – und schon motivieren Sie Ihr Kind. Bei unserem vorher genannten Beispiel würde das bedeuten: „Wenn du die Schulaufgaben fertig machst, kannst du danach gleich mit dem Handy spielen.“

Lob wirkt Wunder

Loben Sie Ihr Kind, wann immer es geht, konzentrieren Sie sich auf die Stärken und investieren Sie nicht Ihre ganze Energie, um Schwächen auszumerzen. Denn Dinge, die Spaß machen, macht man auch gerne und gut. Akzeptieren Sie die individuellen Schwächen Ihres Kindes und versuchen Sie, ihm unterstützend mit dem geringsten Aufwand zu begegnen.

Warum sollte ein exzellenter Pianist auch ein ausgezeichneter Mathematiker sein?

**„Stärken stärken,
Schwächen schwächen.“**

Meinung

Stolz auf mein „soziales Wien“


BILD: © PETRA SPIOLA/HG 1

Andreas Walter
 Personalvertreter
 Wiener Kinder- und
 Jugendhilfe

Wien ist die lebenswerteste Stadt der Welt. Daran haben wir uns längst gewöhnt – Sicherheit, Sauberkeit, medizinische Versorgung, öffentliche Verkehrsmittel, Kultur und Freizeit und noch so vieles mehr – all das ist für uns selbstverständlich.

Und wenn es uns einmal nicht so gut geht? Auch dann können wir uns auf unser soziales Wien verlassen. Für Familien etwa wird sehr viel getan. Es gibt zahlreiche Unterstützungsmöglichkeiten, einen Gratis-Kindergarten, tolle Schulangebote, um Kinder mit ihren unterschiedlichen Talenten und Interessen zu fördern.

Hilfe für alle

In den Familienzentren der MA 11 bekommen Eltern jegliche Unterstützung. Sollte es einmal gar nicht mehr weitergehen, stehen die Krisenzentren der Stadt Wien mit Rat und Tat zur Seite. Straßenkinder gibt es in Wien selbstverständlich keine, denn die MA 11 betreibt zahlreiche Wohngemeinschaften. Hat man seine Arbeit verloren, erhält man eine Arbeitslosenunterstützung, gegebenenfalls auch eine Mindestsicherung.

Kostenlos und unbürokratisch ...

In Wien wird niemand allein im Regen stehen gelassen. Im Notfall kann eine Mietzinsbeihilfe in Anspruch

genommen werden, es gibt Sozialwohnungen und kostenlose Beratungsstellen rund um das Thema Wohnen. Die MA 40 – Soziales unterstützt in den Sozialzentren bei allen Fragen zur Mindestsicherung, Mietzinsbeihilfe, Delogierungsprävention und in prekären Lebenslagen.

... das ist nicht selbstverständlich

Auf keine Randgruppe wird vergessen, jedem wird geholfen. Drogenberatung, Männerberatung, Erziehungsberatung, alle Angebote sind kostenlos. Bei einem Unfall kommt die Polizei, wenn es brennt, die Feuerwehr, bei gesundheitlichen Problemen die Rettung – selbstverständlich kostenfrei. Die MA 70 – Berufsrettung Wien ist rund um die Uhr im Einsatz, bei Notfällen, bei Unfällen und auch für Krankentransporte. SanitäterInnen und ÄrztInnen helfen, wann immer sie gebraucht werden und retten Leben. Die MA 68 – Feuerwehr hilft nicht nur, wenn es brennt, sondern auch bei der Bergung nach Verkehrsunfällen und im Katastrophenfall.

Ja, Österreich ist ein Sozialstaat und Wien die soziale Bundeshauptstadt. Das ist die Errungenschaft der Sozialdemokratie, und wir stehen für den Erhalt dieser Sozialleistungen!

 andreas.walter@wien.gv.at


BILD: © SYMBOLFOTO/SHUTTERSTOCK/KACAN KAYA

BILD: © SYMBOLFOTO/SHUTTERSTOCK/DGLIMAGES

Das Beste für die Brustgesundheit



Das zertifizierte Brustgesundheitszentrum im Sanatorium Hera (BGZ – Sanatorium Hera) steht PatientInnen aller Kassen zur Verfügung und bietet höchste Qualität in Diagnostik, Therapie und Betreuung.

Beim Aufbau des Teams und der Organisation wurde darauf geachtet, rasch und eng mit den oft erforderlichen SpezialistInnen in Chirurgie, Gynäkologie, Interner Abteilung und Radiologie im Haus kooperieren zu können. Für komplexe Anforderungen verstärken SpezialistInnen aus dem AKH und SMZ Ost unser Team noch zusätzlich.

Anleitung zur Selbstuntersuchung

Alle Frauen, die für die Früherkennung (Screening) oder aus anderen Gründen in das BGZ kommen, werden in die Selbstuntersuchung der Brust eingeführt. Das richtige Abtasten der eigenen Brust demonstrieren die RadiologietechnologInnen und RadiologInnen an einem Phantom – einem Silikonmodell, welches verschiedene Knoten beinhaltet. Damit können Frauen selbst tasten, wie sich ein gefährlicher Knoten anfühlt. 2018 wurden bereits über 3.000 Patientinnen in diese wichtige Selbstuntersuchung eingeschult.

Neben Mammographie und Ultraschalluntersuchung wird jede Frau zum ÄrztInnengespräch gebeten. Denn oft treten auch bei gesunden Frauen Fragen auf, deren Beantwortung die Patientinnen rasch erleichtert.



Das BGZ-Team im Sanatorium Hera

Wenn Patientinnen einen Knoten tasten oder ein Knoten bei der Screening-Mammographie entdeckt wird, erfolgt die Abklärung und notwendige Behandlung besonders rasch. Alle SpezialistInnen des BGZ – Sanatorium Hera sind eng vernetzt und nutzen kurze Kommunikationswege. Zusätzlich findet einmal wöchentlich eine gemeinsame Besprechung aller Teammitglieder des BGZ im sogenannten „Mammaboard“ statt. Im Vorjahr wurden dabei die Diagnosen und Behandlungsmodalitäten von 259 Patientinnen interdisziplinär diskutiert.

Telemedizin für die Zukunft

Nach der erfolgreichen Rezertifizierung im Mai 2019 planen wir nun die Einführung der Telemedizin, um externe SpezialistInnen und zuweisende ÄrztInnen noch besser einbinden zu können und die Betreuung der PatientInnen weiter zu verbessern.

Ärztliche Station Rathaus und Zweigstelle STAR22

In der Betriebsordination Rathaus und STAR22 gibt es bei aktuellen Beschwerden rasche und unbürokratische Hilfe. Das Leistungsspektrum umfasst medizinische Beratungen, die Ausstellung von Rezepten und Überweisungen, Impfberatung bzw. Impfungen mit mitgebrachten Impfstoffen sowie Infusions- und Desensibilisierungstherapien (mit Ausnahme der Erstverabreichung). Auch chefärztliche Bewilligungen von Rezepten können durchgeführt werden, die Erstbewilligung muss jedoch über den chefärztlichen Dienst der KFA erfolgen.

Die aktuellen Öffnungszeiten entnehmen Sie bitte dem Intranet.

Prim. Dr. Karl Renner
Prof. Dr. Peter Pokieser

Wald ist heilsam

Der Aufenthalt im Wald wirkt sich positiv auf Körper und Seele aus. Das belegt eine Studie des Instituts für Umweltpsychologie der Universität Wien.

In wenigen Wochen erscheint der nächste „Fehlzeitenreport“, den der Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger zusammenstellt. In den vergangenen Jahren hat sich ein Bild manifestiert: Die Hälfte aller Fehlzeiten sind auf Beschwerden an Muskeln, Skelett und Bindegewebe sowie auf Probleme mit dem Atmungssystem zurückzuführen. Besorgniserregend ist die Zunahme psychischer Erkrankungen. Was also tun?

Wald ist hip

Da wären einmal die Klassiker: Nicht rauchen, gesundes Essen, „Off-Zeiten“ einhalten und viel Bewegung, am besten in einer Umgebung mit sauberer Luft. Was bietet sich da besser an, als ein Spaziergang durch einen Wald? Diese Freizeitbetätigung entwickelt sich geradezu zu einem neuen Hype und nennt sich Waldbaden. Dieser Trend kommt aus Japan: Shinrin-yoku, auf Deutsch „Baden in der Waldluft“. Man geht in den Wald, um die Gedanken abzuschalten und sich nur auf das Hier und Jetzt zu konzentrieren. Es gilt, die Ruhe des Waldes zu genießen und mit allen Sinnen aufmerksam zu sein.

In Wien ist das problemlos möglich: gleich im Prater, im Lainzer Tiergarten, am Kahlenberg oder Bisamberg. In manchen Tourismusregionen wird mittlerweile „professionelles Waldbaden“ von Hotelbetrieben angeboten.

Fünf Minuten reichen

Ob professionell oder weniger professionell: Der Wald stärkt den Menschen seelisch und körperlich, zeigt eine aktuelle Studie der Universität Wien. Die WissenschaftlerInnen haben gemessen, dass bei Waldspaziergängen das Herz messbar ruhiger schlägt, der Blutdruck sinkt, die Muskeln entspannen sich. Angespanntheit, Stress und Erschöpfung nehmen ab und positive Gefühle erscheinen größer und wichtiger als


BILD: © SYMBOLFOTO/PXABAYMINIKA/2507

negative. Es braucht keine einstündige Wanderung, denn der Entspannungseffekt tritt rasch ein. Nur fünf Minuten braucht es, bis die Stimmung deutlich besser und das Selbstwertgefühl erhöht wird – am meisten bei jenen, die unter chronischem Stress stehen. Dahinter stecken chemische Botenstoffe, die Bäume absondern, sogenannte Terpene ab. Sie haben positive Auswirkungen auf das Nervensystem, die Psyche und das Immunsystem. Zudem ist es im Wald im Sommer wesentlich kühler und das Grün wirkt beruhigend auf uns. Gut, dass Wien 21,5 Prozent Wald hat!

 teamwork@fsg-hg1.at

„Angespanntheit, Stress und Erschöpfung nehmen im Wald ab.“

Mi., 13. November - 16 Uhr

Arkadengespräche mit Norbert Pelzer

Auch heuer gibt es wieder die nun schon traditionellen Arkadengespräche mit heißen Maroni mit HG 1-Vorsitzendem Norbert Pelzer und seinem Team. Beim gemütlichen Beisammensein im Festsaal des Wiener Rathauses kann nicht nur über dies und das geplaudert werden, sondern vielleicht auch manche Sorge abgeladen und gleich direkt an der richtigen Stelle deponiert werden – bei Ihrer Interessensvertretung.



BILD © RUDOLF SALOMON/HGT

Nutzen Sie die Gelegenheit, wieder einmal KollegInnen aus anderen Dienststellen der HG1 zu sehen, oder mit den PersonalvertreterInnen der Hauptgruppe 1 über die eine oder andere Frage in gemütlicher Atmosphäre bei einem Glas und bei kulinarischen Schmankerln zu plaudern.

Auch für die Aktion „bright eyes“ wird wieder zugunsten von KollegInnen gesammelt, die unverschuldet in Not geraten sind. Für heiße und kühle Getränke, pikante Brote und Bratkartoffeln wird gesorgt sein. Und die beiden Kreativclubs der HG 1 sind schon mitten in den Vorbereitungen, um auch heuer wieder hübsche Geschenke für Weihnachten anbieten zu können.

Di., 5. November - 14 Uhr

GewerkschaftsjubilarInnenehrung



BILD © RUDOLF SALOMON/HGT

Steht heuer Ihr 25-jähriges, 40-jähriges oder vielleicht sogar Ihr 50-jähriges Gewerkschaftsjubiläum an? 939 KollegInnen können 2019 bereits auf ihre so lange Mitgliedschaft bei der ehemaligen GdG und nunmehrigen younion zurückblicken. Als Dank dafür dürfen sich diese langjährigen Gewerkschaftsmitglieder ein Geschenk aus sechs Vorschlägen aussuchen. Dieses Geschenk und eine Urkunde wird ihnen Anfang November im feierlichen Rahmen im Festsaal des Wiener Rathauses überreicht. All jene, die nicht im Rathaus dabei sein können, bekommen ihr Geschenk samt Urkunde von ihren persönlichen GewerkschaftsvertreterInnen in der Dienststelle überreicht.



BILD © RUDOLF SALOMON/HGT



Kultur- und Sportvereinigung der
Wiener Gemeindebediensteten
Rustenschacherallee 3 | 1020 Wien
t: 01-720 84 91
e: office@ksv-wien.at
www.ksv-wien.at

Es ist nie zu spät, den ersten Schritt zu tun!

Laufen bietet den idealen Ausgleich zum oft stressigen Alltag. Am 25. September startet das KSV-Lauftraining für alle, die gerne mit einer kleinen, feinen Gruppe Gleichgesinnter unterwegs sind, um sich nicht immer ganz allein zum Sporteln aufrufen zu müssen. An fünf aufeinander folgenden Terminen (bis zum Mittwoch, 23.10.) werden die LäuferInnen von einem professionellen Trainer begleitet, der mit theoretischen Inputs und Tipps für die Praxis die Freude an der Bewegung fördert - und zeigt, wie man mit Laufen zu mehr innerer Ruhe und Gelassenheit findet.

Wir starten jeden Mittwoch um 16.30 Uhr am KSV-Platz. Sind Sie dabei?

AnfängerInnen und Fortgeschrittene sind herzlich willkommen - laufen wir gemeinsam! Mehr dazu unter: www.ksv-wien.at



BILD: © SYMBOLFOTO SHUTTERSTOCK/CRISPPIYORK

Energie-effizientes Flutlicht und neuer Fußball-Rasen

5.600 m² Kunstrasen wurden im Sommer auf dem Fußballplatz 2 verlegt, damit auch der etwas kleinere unserer beiden Fußballplätze wieder gern genutzt wird. Mit der neuen Flutlichtanlage kann er ab sofort bis in die Abendstunden gebucht werden. Denn durch die Umrüstung auf LED verdoppelt sich die Ausleuchtung von ca. 56 Lux auf rd. 100 Lux. Ganz besonders freut uns, dass wir laut vorliegender Berechnung in Zukunft 78 % an Energie einsparen werden, denn die neue Anlage verbraucht nur 6 kW. In drei Jahren werden sich die Kosten für das neue Flutlicht amortisiert haben.

michael.witzmann@wien.gv.at



BILD: © FIGLMÜLLER

Mein Lieblingslokal

figls - Das Bierlokal in Grinzing

Grinzinger Straße 55, 1190 Wien

t: 01-320 42 57

e: reservierung@figls.at

www.figls.at

Ein ehemaliges Heurigenlokal der Winzerfamilie Figlmüller im Herzen von Grinzing wurde 2004 in ein modernes Bierlokal umgebaut - damit auch die Liebhaber von Gersten- statt Traubensaft im bekanntesten Weinbaugebiet Wiens auf ihre Kosten kommen.

Passend zu den sieben offenen Bieren frisch vom Fass und einem Dutzend exklusiver Flaschenbiere wird man mit beliebten Klassikern der Wiener Küche verwöhnt:

Wiener Schnitzel - selbstverständlich vom Kalb, ofenfrischer Schweinsbraten, Tafelspitz, Kaisergulasch, Wiener Backendl und karamellierte Krautfleckerl sind die figls-Klassiker, ergänzt von einer Auswahl an köstlichen Salatkreationen. Auch Internationales wie Rib Eye Steak, Wagyu Beef Burger und Riesengarnelen werden geboten.

Die Qualität ist wirklich empfehlenswert, darum sollten Sie unbedingt vorweg reservieren und sich ausreichend Zeit für Ihren Besuch nehmen. Und wie es sich für den 19. Bezirk gehört, gibt's auch für vinophile Gäste ein passendes Weinangebot.

gerhard.heczko@wien.gv.at

Gesamtbewertung:		91 (von 100)
Essen:		46 (von 50)
Service:		18 (von 20)
Weinkarte:		18 (von 20)
Ambiente:		9 (von 10)

Wiener Modetrends

Das Jahresfinale der Modeschule Hetzendorf ist Fixpunkt für alle, die sich für das Modeschaffen der heimischen Nachwuchstalente interessieren.

Die SchülerInnen der städtischen Modeschule Hetzendorf stellen mit ihren Kreationen ihr künstlerisch-kreatives Talent und das hohe Niveau der handwerklichen Ausbildung unter Beweis. Mit ihren Trendvisionen und -interpretationen mischen sie die Wiener Modeszene auf.

Hand in Hand von der Idee zur Präsentation

In einem großen Fashion-Zelt mit Blick auf den herrlichen Schlosspark wurden auch heuer in mehreren Shows – inklusive eigener Presse- und VIP-Show – an zwei Tagen Ende Juni die Fashion-Highlights und Diplomkollektionen der SchülerInnen gezeigt. Die LehrerInnen planen,



BILD: © NATALIE STEPHAN



BILD: © NATALIE STEPHAN



BILD: © NATALIE STEPHAN

organisieren und realisieren gemeinsam mit den SchülerInnen in Teams die jeweilige Inszenierung. Die Models werden vom Modeschule-Team im Rahmen eines Castings ausgewählt. Rund um die Shows sind etwa 40 DresserInnen – alles Hetzendorfer SchülerInnen – backstage im Einsatz.

Kaderschmiede für Fashion-Talente

Die Modeschule Hetzendorf zählt zu den renommiertesten Bildungseinrichtungen der Stadt Wien und genießt internationale Anerkennung. Die fünfjährige Ausbildung der Höheren Lehranstalt für Modedesign und Produktgestaltung genießt mit ihrem einzigartigen Lehrplan eine Alleinstellung im Modeschulbereich. Sie vereint gleichermaßen den künstlerisch-kreativen,

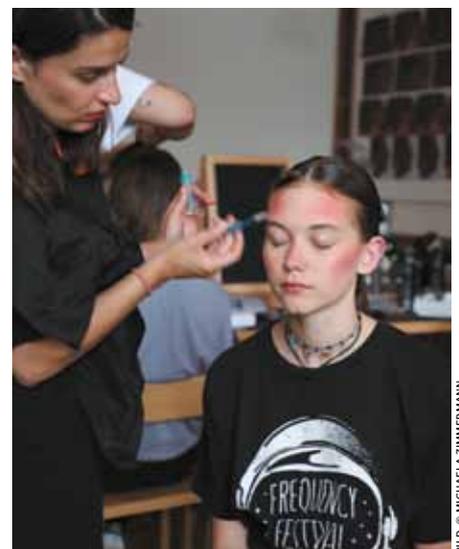


BILD: © MICHAELA ZIMMERMANN



BILD: © NATALIE STEPHAN



BILD: © NATALIE STEPHAN

handwerklichen und allgemeinbildenden Bereich und schließt mit der Reife- und Diplomprüfung ab. Zur Wahl stehen fünf Ausbildungsschwerpunkte: Modedesign/ Kleidermachen, Strickdesign, Textildesign, Produktgestaltung Taschen und Accessoires oder Schuhe sowie Modell-Modisterei. Die dreijährige Fachschule für Mode ist ein weiteres Ausbildungsangebot mit zwei Vertiefungen: Fashion Styling oder Angewandte Betriebsführung.

Internationale Berufspraxis

Die Lehrinhalte sind auf die Anforderungen der internationalen beruflichen Praxis ausgerichtet und orientieren sich am aktuellen Stand von Wirtschaft, Gesellschaft, Kultur, Wissenschaft und Technik. Der Unterricht zeichnet sich durch fächerüber-



BILD: © MICHAELA ZIMMERMANN

greifendes Arbeiten, offene Lernformen, innovative Lehrmethoden und einen experimentellen Zugang aus. Studienreisen, Wettbewerbsteilnahmen, Projekte sowie Kooperationen mit renommierten Unternehmen und Organisationen sind wichtige Bestandteile der Ausbildung.

Michaela Zimmermann

Kontakt

Nähere Infos:

www.modeschule.wien.at

www.facebook.com/modeschulewien

„Rudi, danke für alles!“

Mit Rudolf Hundstorfer hat die Gewerkschaftsbewegung einen Freund und unermüdlichen Kämpfer für Menschlichkeit, soziale Gerechtigkeit und faire Umverteilung verloren.

Aufgewachsen ist Rudolf (Rudi) Hundstorfer in Favoriten in einer Zweizimmerwohnung mit Toilette am Gang, in ganz einfachen Verhältnissen. Wer hätte damals gedacht, dass der kleine Rudi einmal ein ganz großer Politiker der Zweiten Republik werden würde?

Politisch geprägt hätten ihn seine Eltern, hat er in einem teamwork-Interview erzählt. Sein Vater war Zentralbetriebsrat in einer Firma, seine Mutter ehrenamtlich in der Fürsorge tätig. Von ihnen hat er wohl die Demut mitbekommen, die in allen Positionen, die er noch bekleiden sollte, spürbar war. Seine berufliche Laufbahn begann er bei der Gemeinde Wien als Bürokaufmannslehrling. Über die Berufsreifeprüfung im zweiten Bildungsweg wurde er Verwaltungsbeamter der Stadt Wien. Das Interesse für Politik war bei ihm früh vorhanden: Er engagierte sich zunächst als Jugendvertrauensmann beim Magistrat, dann als Per-

sonalvertreter. In der Gewerkschaft der Gemeindebediensteten war er zunächst Chef der Landesgruppe Wien, später dann deren Vorsitzender.

Heiterkeit und Humor

„Ich persönlich habe ihn bei einer Verhandlung kennengelernt“, erinnert sich Norbert Pelzer. „Er ist zu spät gekommen und hat, mit einem Lächeln im Gesicht, gesagt: ‚Seid’s euch schon einig?‘“ Rudi ist allen auf Augenhöhe begegnet: Er hat mit Lehrlingen genauso gesprochen wie mit SpitzenbeamtenInnen, dadurch konnte er den Magistrat in all seinen Schattierungen. Alte Freundschaften und Traditionen hat er auch als Minister weiter gepflegt. Er hatte schließlich ein unglaublich großes Netzwerk über ganz Österreich. „Die Karriere ist Rudi nicht zu Kopf gestiegen. Viele seiner WegbegleiterInnen schätzten seinen Humor, der aber nie verletzend war, und seine Freundlichkeit“, so Pelzer. „Manches Mal hat er sich den Spaß erlaubt und sich mit ‚Dog-Village‘ vorgestellt, einer der vielen Schmähs von ihm.“ Seine wahrscheinlich größte Stärke war neben seinem brillanten Verhandlungsgeschick sein Wirken als Verbinder durch alle politischen Lager und Gruppierungen hindurch. Nicht umsonst war er jahrelang der beliebteste sozialdemokratische Minister.

Troubleshooter

Nach dem BAWAG-Skandal übernahm Rudolf Hundstorfer die Führung des ÖGB und hat ab 2006 mit einem Sanierungskurs die Gewerkschaft wieder in ruhigere Fahrwasser gebracht. Pelzer: „Wer hätte das sonst so zusammengebracht?“ Als Sozial- und Arbeitsminister hat er in Zeiten der Finanz- und Wirtschaftskrise mit viel Geschick und Konsensbereitschaft allzu heftige Auswirkungen auf den heimischen Arbeitsmarkt und für das Pensionssystem abwenden können. Er war ein absoluter Troubleshooter, ein Mann, der sich Herausforderungen immer gestellt hat.

„Rudi hat mit seinem jahrzehntelangen großen Engagement für die gesamte Gewerkschaftsbewegung sehr viel erreicht. Er hat sich Zeit seines Lebens für die Menschen eingesetzt und hinterlässt eine Lücke, die kaum zu schließen sein wird“, sagt Christian

Beim „Anpiff“ - dem Start des Gewerkschaftswahlkampfes 2014 - im Wiener Ringturm





Mit Christian Meidlinger, Norbert Pelzer und Sandra Frauenberger beim PGA-A-Treffen

Meidlinger, Vorsitzender der youunion. „Er war ein guter Freund und kämpferischer Gewerkschafter.“

Rudi Hundstorfer hat es also vom Lehrling bei der Stadt Wien zum Gewerkschaftspräsidenten, Minister und zum Kandidaten für das Amt des Bundespräsidenten geschafft. Auf die Frage, ob er denn stolz darauf sei, hat er im letzten teamwork-Interview gesagt: „Ja, ein wenig schon. Mit viel Fleiß und Freude ist mir einiges gelungen.“



Wie immer gut gelaunt und zum Scherzen aufgelegt beim Grätzelfest der damaligen MA 14



Rudolf Hundstorfer

Geboren am 19. 9. 1951 in Wien
Gestorben am 20. 8. 2019 in Brač
(Kroatien)
Verheiratet, 1 Tochter, 2 Stiefkinder

Seit 1966 beim Magistrat der Stadt Wien, Lehre Bürokaufmann, Berufsreifeprüfung im Zweiten Bildungsweg, Verwaltungsbeamter.

Von 1975 bis 2007 verschiedene Funktionen in der Gewerkschaft der Gemeindebediensteten: vom Jugendreferenten über den Wiener Landesvorsitzenden zum Vorsitzenden (2001 bis 2007).

2007 ÖGB-Präsident.

Von 2008 bis 2016 Bundesminister für Soziales und Konsumentenschutz, ab 2009 auch Minister für Arbeit bis 2016.

2016 Kandidat für das Amt des Bundespräsidenten.

Im Jahr 2018 übernahm Hundstorfer den Vorsitz der Volkshilfe Wien. Hundstorfer war auch Präsident der Österreichischen Bundes-Sportorganisation (BSO).

„Er fehlt uns sehr ..“

Ein Herzinfarkt hat Michael Ball Anfang Juni 2019 jäh aus dem Leben gerissen - KollegInnen und Personalvertretung sammelten für die Begräbniskosten.



BILD: © SYMBOLFOTO SHUTTERSTOCK/FOODPUEETS

Die Familie und die KollegInnen von Michael Ball haben mit dem plötzlichen Verlust schwer zu kämpfen: Der Tod des Vaters zweier Söhne im Alter von 16 und 18 Jahren hinterlässt tiefe Betroffenheit. „Er war mitten im Leben, stets hilfsbereit und um Konsens bemüht, ein wirklicher Teamplayer“ – bei jeder Beschreibung spürt man die Verbundenheit der KollegInnen in der Ehrenzeichenkanzlei und der Präsidialabteilung des Bürgermeisters über den Verlust ihres Kollegen. „Er war ein geselliger Mensch – seine Liebe zum Theater und zur Musik hat er aktiv gelebt: Vor allem Frank Sinatra konnte er beeindruckend interpretieren.“

Als Referent war Michael Ball für die Organisation der Ehrungen der Stadt Wien mitverantwortlich. Er hat die zeitaufwendigen Abstimmungen in seinem Bereich mit besonderem Fingerspitzengefühl gestaltet und die diversen Wünsche der heimischen Prominenz bestmöglich umgesetzt. In den fast 15 Jahren seiner Tätigkeit in der Ehrenzeichenkanzlei war ihm der persönliche Kontakt zu den KollegInnen, den PolitikerInnen und den VIPs, aber auch zu den Dienstleistern rund um die Ehrungsfeiern wie zum Beispiel den FotografInnen, den MusikerInnen und den Gastronomieverantwortlichen, ein wertvoller Teil seiner Arbeitswelt.

Mit seiner lebenslustigen Art und sozialen Kompetenz hat er so manches Problem gelöst und damit den Zusammenhalt in seiner Organisationseinheit gestärkt. Im August hätte Michael Ball seinen 52. Geburtstag gefeiert. „Wir sind zusammen gesessen und haben uns an die lustigen Erlebnisse mit ihm erinnert – er fehlt uns sehr.“

teamwork

Nr. 3 /2019

Sponsoring-Post

Verlagspostamt 1010 Wien

Zulassungsnummer

SZ 02Z030516 S

DVR: 0046655